Marcel Fratzscher
in den Medien

Ausgewählte Gastbeiträge und Interviews 2025

Liebe Leser*innen,

2025 war ein Jahr intensiver Debatten: Rente, Migration, Infrastruktur und geopolitische Unsicherheiten haben die wirtschaftspolitische Agenda geprägt. Das DIW Berlin hat diese Herausforderungen mit evidenzbasierter Forschung begleitet und die Ergebnisse in die Öffentlichkeit transportiert, wie die hier vorliegende Auswahl von Gastkommentaren, Interviews und TV-Auftritten zeigt.

Auch im kommenden Jahr werden wir die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen wissenschaftlich begleiten. Gleichzeitig wird Wissenstransfer immer anspruchsvoller: Polarisierte Öffentlichkeiten, verkürzte Aufmerksamkeitsspannen und die Gefahr von Desinformation erfordern Transparenz, Präzision und Dialog. Das DIW Berlin baut daher seine Rolle als Brückenbauer zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft stetig aus – mit Mut zur Klarheit, Respekt vor Komplexität und einer Sprache, die Menschen erreicht. Nur so kann Forschung nicht nur Wissen schaffen, sondern den Wandel aktiv mitgestalten.

Ihr Marcel Fratzscher

Präsident des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Themen

Geld- und Finanzpolitik

9 **Schuldenbremse: „Wir haben in Deutschland ein riesiges Investitionsproblem“**
TV-Diskussionsrunde bei „Markus Lanz“ (ZDF)

10 **So könnte ein zukunftsfähiger Kompromiss für die Schuldenbremse aussehen**
Gastbeitrag bei Der Spiegel

13 **Schuldenbremse: „Kreditfinanzierte Investitionen rechnen sich für kommende Generationen“**
TV-Diskussionsrunde bei „Hart aber Fair“ (Das Erste)

14 **Das eigentliche Problem sind die verdeckten Schulden**
Kolumne bei Die Zeit

17 **Die Revolution der EZB-Geldpolitik**
Gastbeitrag bei WiWo.de

19 **Nur mit höheren Steuern wird Deutschland verteidigungsfähig**
Gastbeitrag im Handelsblatt

21 **Wir brauchen keine neue Erbschaftsteuer, sondern eine ehrliche**
Kolumne bei Die Zeit

23 **Zukunft können wir uns gerade nicht leisten**
Kolumne bei Die Zeit

Sozialpolitik

28 **Warum ein Grundeinkommen die Menschen kaum verändert**
Kolumne bei Die Zeit

31 **Sollte das Bürgergeld ersetzt werden?**
Kolumne bei Die Zeit

33 **Rente: „Lasst uns die Altersarmut bekämpfen“**
TV-Diskussionsrunde bei „Hart aber Fair“ (Das Erste)

34 **Ein Babyboomer-Soli für weniger Altersarmut**
Kolumne bei Die Zeit

36 **Die Aktivrente löst das Problem nicht**
Kolumne bei Die Zeit

38 **Wie wär's mit einer Rentenpauschale?**
Kolumne mit Jürgen Schupp bei Die Zeit

Gesellschaftspolitik

42 **Generationengerechtigkeit: „Die junge Generation wird zu stark belastet“**
TV-Auftritt bei Phoenix

43 **Für einen neuen Generationenvertrag**
Kolumne bei Die Zeit

45 **Das Märchen von den teuren Migranten**
Kolumne bei Die Zeit

47 **Was uns die Angst vor Kriminalität kostet**
Kolumne mit Anna Bindler und Hannah Walther bei Die Zeit

49 **Frauen sterben, weil wir wegsehen**
Kolumne mit Anna Bindler bei Die Zeit

52 **Wie gespalten ist Deutschland wirklich?**
Kolumne bei Die Zeit

54 **Faire Klimapolitik schützt vor Populismus**
Kolumne mit Lorenz Meister bei Die Zeit

Weltwirtschaft und Konjunktur

58 **Trumps Zollpolitik: „Gegenhalten und nicht wegducken“**
TV-Auftritt bei tagesschau24

59 **Deutschland begeht einen Riesenfehler im Streit mit Trump**
Kolumne bei Die Zeit

62 **Deutsche Wirtschaft: „Wir rechnen mit einer Stagnation“**
TV-Auftritt bei tagesschau24

63 **Ein Fünf-Punkte-Plan für die neue Bundesregierung**
Gastbeitrag im Tagesspiegel

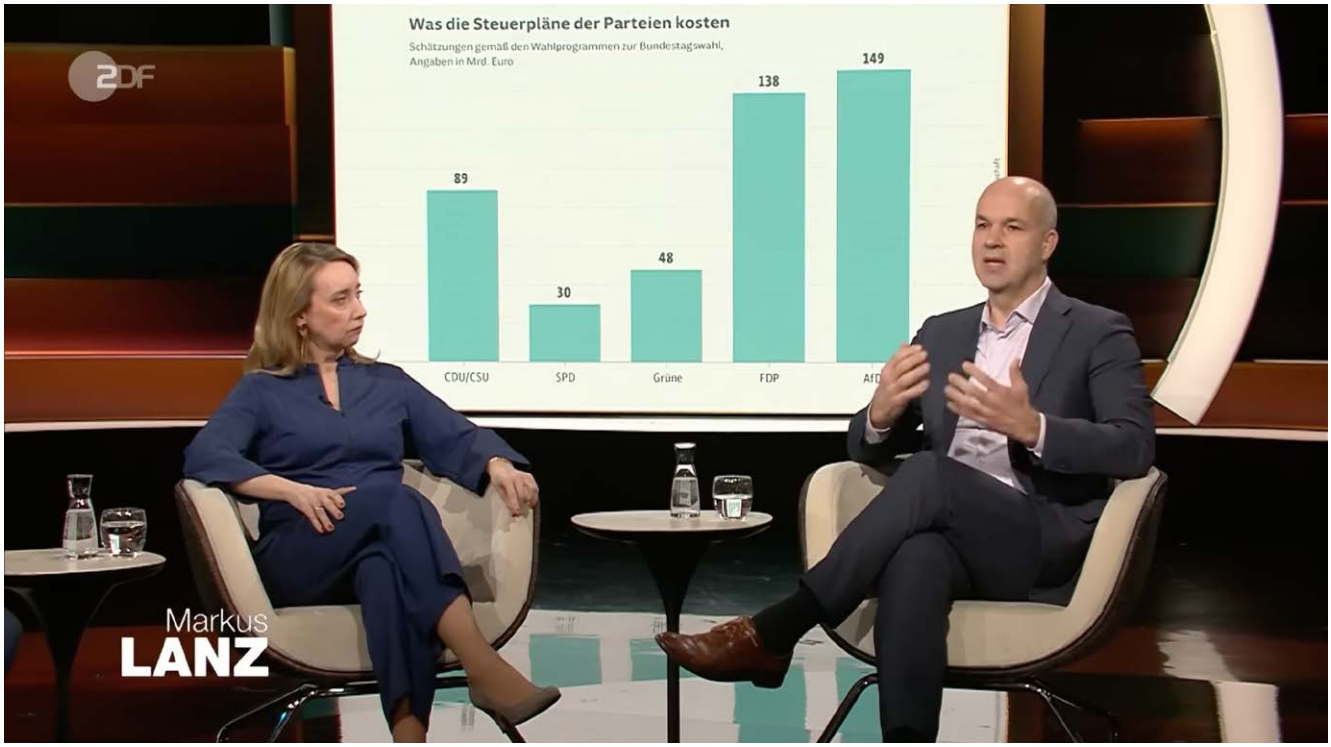
66 **Koalitionsvertrag lässt viele Fragen offen**
Gastbeitrag bei Focus Online

AN CENTRAL BANK
UROSYSTEM

Geld- und Finanzpolitik

Schuldenbremse: „Wir haben in Deutschland ein riesiges Investitionsproblem“

Marcel Fratzscher diskutiert bei Markus Lanz über die anstehende Bundestagswahl, die wirtschaftlichen Herausforderungen und die Finanzierbarkeit politischer Versprechen.



„Fakt ist: Wir haben in Deutschland ein riesiges Investitionsproblem. Der Staat lebt seit 25 Jahren von der Substanz. Wir haben eine viel zu schlechte Infrastruktur – Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Energieinfrastruktur. Wir geben viel zu wenig Geld für Bildung aus. Wir haben ein riesiges Defizit. Und wenn der Staat so weitermacht, dann werden die privaten Investitionen nicht kommen. Denn die Unternehmen haben nicht die Voraussetzungen, um Investitionen zu tätigen.“

TV-Diskussionsrunde bei **„Markus Lanz“** (ZDF), **16. Januar 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

So könnte ein zukunftsfähiger Kompromiss für die Schuldenbremse aussehen

Bei kaum einem anderen Wahlkampfthema liegen die Parteien so weit auseinander wie bei der Schuldenbremse. Doch es gäbe eine Lösung für eine Reform, die auch die Interessen jüngerer Generationen berücksichtigt.

Kaum ein Thema polarisiert die Gesellschaft so sehr wie die Schuldenbremse, über die auch im Wahlkampf gestritten wird. Für die einen schützt sie vor einem übergriffigen und ineffizienten Staat, für die anderen lähmt sie Wirtschaft und Gesellschaft, da sie notwendige Investitionen verhindert. Dabei bleibt die Frage der Generationengerechtigkeit oft ein blinder Fleck: Wie müsste eine Schuldenregel gestaltet sein, um auch künftige Generationen zu schützen? Eine generationengerechte Schuldenregel erfordert konkrete Reformen, die die nächste Bundesregierung mit höchster Priorität angehen muss.

Der Staat lebt seit 20 Jahren von der Substanz

Seit ihrer Aufnahme ins Grundgesetz 2009 wird die Schuldenbremse zunehmend kontrovers diskutiert. Sie begrenzt die Möglichkeiten eines Staates, Schulden zu machen, stärker als die europäischen Vorgaben. So muss der Bund die strukturelle Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränken – das entspricht durchschnittlich etwa 14 Milliarden Euro jährlich. In wirtschaftlich schlechten Zeiten darf diese Grenze leicht überschritten werden, in guten Zeiten muss die Verschuldung jedoch geringer ausfallen. Noch strikter gilt die Regel für die Bundesländer: Sie dürfen keinerlei strukturelle Neuverschuldung aufnehmen. Zur Bewältigung unvorhersehbarer Krisen kann der Bundestag temporäre Ausnahmen beschließen. Das Bundesverfassungsgericht schränkte diese jedoch in einem Urteil im November 2023 stark ein.

Kritiker betrachten die Schuldenbremse als Selbstkasteiung, die notwendige Zukunftsinvestitionen blockiert und es erschwert, Krisen und Transformationen zu bewältigen. Da viele öffentliche Konsumausgaben kurzfristig kaum gekürzt werden können, bleibt in wirtschaftlich schwachen Zeiten oft nur die Option, öffentliche Investitionen zu reduzieren – mit teils verheerenden Folgen für die Daseinsvorsorge und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Die Instandhaltung von Schulen, Verkehrsinfrastruktur und öffentlichen Einrichtungen wird oft verschoben oder gestrichen, da dies kurzfristig einfacher erscheint als beispielsweise die Gehälter im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Infolgedessen lebt der deutsche Staat seit mehr als 20 Jahren von seiner Substanz: Die öffentlichen Nettoinvestitionen sind seit den Nullerjahren fast durchgängig negativ, der Wertverfall der Infrastruktur übersteigt die staatlichen Investitionen. Dadurch verschlechtert sich sowohl die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger als auch das Umfeld für Unternehmen.

Verfechter der Schuldenbremse argumentieren, der Staat dürfe nicht ständig mehr von der Wirtschaftsleistung beanspruchen. Eine hohe Staatsquote belaste die Unternehmen und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Notwendige Ausgaben für Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherung seien gerechtfertigt, darüber hinausgehende Ausgaben jedoch nicht. Sie sind lediglich eine Umverteilung, die private Innovations- und Investitionspotenziale schmälere. Eine strikte Schuldenregel verhindere die exzessive Verschuldung und wahre die Selbstkontrolle des Staates.

Vier Reformen für die Schuldenbremse

Beide Positionen erscheinen unvereinbar, doch müssen sie dies nicht zwingend sein. Mit vier gezielten Anpassungen der Schuldenregel könnte ein Kompromiss gefunden werden, der zudem die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Erstens sollte die gegenwärtig kontraproduktive Schuldenbremse hin zu einer nominalen Ausgabenregel umgestellt werden. Der Staat dürfte dann in jedem Jahr nur so viele zusätzliche Ausgaben einplanen, wie es dem Wachstum der Wirtschaftsleistung entspricht. Dadurch würde die Nettoverschuldung des Staates bei 60 Prozent stabilisiert. Gleichzeitig könnte der Staat über den Konjunkturzyklus effektiver auf Schwächephasen und besondere Herausforderungen reagieren.

Zweitens sollten sinnvolle Zukunftsinvestitionen ausgenommen werden, wenn diese langfristig zur Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Sozialstaat beitragen. Diese sogenannte Goldene Regel sollte so ausgelegt werden, dass die Nettoinvestitionen immer positiv sind. Dadurch würde erreicht, dass der öffentliche Kapitalstock nicht schrumpft und der Staat nicht länger von seiner Substanz lebt.

Aber der Staat muss – gerade in Zeiten einer riesigen demografischen Schrumpfung – seine öffentlichen Konsumausgaben für die direkt und indirekt Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung reduzieren, um nicht einen weiter steigenden Anteil der Wirtschaftsleistung für sich zu beanspruchen. Die öffentlichen Konsumausgaben sollten proportional zur Gesamtzahl aller Beschäftigten in Deutschland reduziert werden.

Die Umsetzung dieser beiden Elemente macht es erforderlich, auf allen föderalen Ebenen eine neue Form der Kostenrechnung einzuführen. Heute ist dem Staat der wahre Wert seines Vermögens häufig unbekannt, weil er nicht berücksichtigt, wie Straßen, Kanäle und andere Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur über die Zeit an Wert verlieren. Deshalb sollten Bund, Länder und Gemeinden künftig wie private Unternehmen zur doppelten Haushaltsführung gezwungen werden, um sowohl Schulden als auch Vermögen messbar und nachvollziehbar zu machen. Das Problem heute ist nicht, dass Deutschland zu viele Schulden hätte, sondern dass der Staat seit 25 Jahren von seiner Substanz lebt und der Wert der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge schrumpft.

Gigantische Versprechungen für die Babyboomer

Zweitens hat Deutschland ein riesiges ungenutztes Potenzial bei der Erwerbstätigkeit von Ausländer*innen, insbesondere derer, die bereits in Deutschland leben. Im Juni 2024 befanden sich rund 3,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. Obwohl die Integration in den Arbeitsmarkt der vielen Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, besser gelingt als erwartet, besteht nach wie vor großes Potenzial. Viele dieser Menschen befinden sich auch Jahre nach der Ankunft noch nicht in Beschäftigung. Dies gilt insbesondere für geflüchtete Frauen.

Häufig ist es auch der Fall, dass Menschen in Jobs tätig sind, die deutlich weniger Qualifikationen erfordern, als viele der ausländischen Mitmenschen mitbringen. Vor allem viele bürokratische Hürden, wie schleppende und intransparente Genehmigungsverfahren von Visa, schrecken viele ausländische Fachkräfte von außerhalb der EU ab, Deutschland als Zielland zu wählen.

Drittens müssen die impliziten Zukunftsverpflichtungen des Sozialstaats, für Verteidigung und insbesondere für die Kosten der Klimakrise und des Verlusts von Umwelt und Biodiversität berücksichtigt werden. Bereits heute sehen wir die enormen, auch finanziellen Kosten, die Naturkatastrophen, Kriege und Pandemien verursachen. Staat und Gesellschaft dürfen nicht länger blindfliegen und aufs Beste hoffen, sondern müssen sich auf die dadurch verursachten steigenden Kosten für die Zukunft vorbereiten. Zudem hat der Staat den Babyboomern gigantische Versprechen bei Rente, Gesundheit und Pflege gemacht, die letztlich von der jungen Generation finanziert werden müssen. Diese Belastungen sind so stark, dass dies der Wirtschaft und damit dem Wohlstand aller in Deutschland schaden wird. Solche impliziten Staatsschulden müssen begrenzt werden, um die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen und künftige Generationen nicht über Gebühr zu belasten.

Viertens sollte die Schuldenregel auch die Verteilung von Chancen und Ressourcen innerhalb der Gesellschaft explizit berücksichtigen. Der Staat darf sich nicht weiter aus der Daseinsvorsorge zurückziehen und die Vorsorge für Alter, Gesundheit und Pflege, für Bildung und Ausbildung und sozialen Frieden privatisieren. Der Staat muss dem Anspruch eines exzellenten Bildungssystems mit hoher Chancengleichheit, der Sicherung eines auskömmlichen Existenzminimums und gleichwertiger Lebensbedingungen überall in Deutschland gerecht werden.

Wie realistisch ist eine generationengerechte Reform der Schuldenbremse? Vielleicht stehen die Chancen schlecht, denn junge Generationen finden nach wie vor kaum Gehör im öffentlichen Diskurs. Die Verlockung für die heute verantwortlichen Babyboomer ist groß, ihre Lebensgewohnheiten unverändert beizubehalten und notwendige Veränderungen und Reformen auf künftige Generationen abzuschieben.

Die Hoffnung besteht jedoch, dass die hier vorgeschlagenen Reformen auch die Verteidiger der heutigen Schuldenbremse überzeugen, da sie auch vom Staat verlangen, Ausgaben zu reduzieren und effizienter zu werden. Eine

Schuldenregel ist aus Sicht junger und künftiger Generationen gut, wenn sie die heutigen Entscheider zu verantwortungsvollem Handeln verpflichtet und die Interessen junger und künftiger Menschen explizit berücksichtigt. Daher sollte die neue Bundesregierung dringend eine Reform der Schuldenbremse umsetzen, die der Perspektive der Generationengerechtigkeit einen zentralen Stellenwert einräumt.

Gastbeitrag bei **Der Spiegel**, **29. Januar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Schuldenbremse: „Kreditfinanzierte Investitionen rechnen sich für kommende Generationen“

Marcel Fratzscher diskutiert unter anderem mit Franziska Brantner über die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland sowie Donald Trumps Wirtschafts- und Handelspolitik.

„Eine Schuldenbremse ist sinnvoll. Aber wir müssen unterscheiden, wofür der Staat Schulden macht. Studien zeigen: 100 Euro mehr für Bildung bedeuten zunächst Schulden. Langfristig bringen sie dem Staat jedoch 200 bis 300 Euro zusätzliche Einnahmen. Es geht um die Unterscheidung zwischen Konsum und Investitionen. Kreditfinanzierte Investitionen rechnen sich für kommende Generationen.“

TV-Diskussionsrunde bei **„Hart aber Fair“** (Das Erste), **27. Januar 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Das eigentliche Problem sind die verdeckten Schulden

Trotz des Megapakets von Union und SPD: Eine grundlegende Reform der Schuldenbremse ist dringend notwendig. Nur dann leben die Alten nicht mehr auf Kosten der Jungen.

Union und SPD wollen für die neue Bundesregierung ein großes Sondervermögen für Infrastruktur auflegen und Ausnahmen von der Schuldenbremse für Verteidigung schaffen. Der Staat braucht mehr Geld und muss dringend die notwendigen Investitionen tätigen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass eine grundlegende Reform der Schuldenbremse ausbleibt. Denn das Resultat wäre, dass unsere Gesellschaft weiterhin zulasten der jungen und künftigen Generationen lebt.

Die Befürworter der Schuldenbremse haben recht: Die Generation der Babyboomer darf jungen und künftigen Generationen nicht immer mehr Schulden hinterlassen. Wo sie jedoch falsch liegen: Das Problem ist nicht die explizite Staatsverschuldung in Form von Staatsanleihen und Krediten, sondern die riesigen und wachsenden impliziten Schulden und Verpflichtungen, die sich die Babyboomer für ihre künftigen Sozialleistungen und den Verbrauch knapper Ressourcen auf Kosten der jungen Generation gönnen. Wir brauchen daher dringend eine neue Schuldenbremse, die das leistet, was die alte Schuldenbremse nicht leistet: Zukünftige Generationen schützen sowie zwischen Jung und Alt ausgleichen.

Die Obsession der Deutschen mit Schulden und der Schuldenbremse hat zuletzt immer absurdere Züge angenommen. Trotz großer Krisen und gigantischer Herausforderungen verweigerte sich eine Mehrheit in Politik und

Gesellschaft, der Realität ins Auge zu schauen. Wir brauchen in den nächsten Jahren kontinuierlich mehr Geld für Verteidigung, wenn wir Europa vor Putin schützen und in Zukunft in Frieden leben wollen. Das nun geplante Finanzpaket wird sich kurzfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken, trotzdem ist es nicht die beste Lösung. Denn Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten noch mehr Geld benötigen.

Umwelt, Bildung, Innovationen und Infrastruktur brauchen Investitionen

Wir müssen Klima und Umwelt schützen, um noch viel größere Katastrophen in der Zukunft zu verhindern. Und wir müssen in Bildung, Innovation und Infrastruktur investieren, um unseren wirtschaftlichen Wohlstand, gute Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Im Bundeswahlkampf haben die Parteien allerdings genau das Gegenteil versprochen: Sie wollten Steuersenkungen für Spitzenverdienende und höhere Ausgaben für die Sozialsysteme — von beidem werden vor allem die Babyboomer profitieren. Zusammen mit der geltenden Schuldenbremse bedeutet dies: Der Staat hat nicht mehr, sondern weniger Geld für Investitionen in Verteidigung, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit zur Verfügung.

Gigantische Versprechungen an die Babyboomer

Auch der Staat und seine Bediensteten müssen sich auf deutliche Zumutungen einstellen. Die Zahl der Staatsbediensteten kann in einer schrumpfenden Gesellschaft nicht immer weiter steigen. Gleichzeitig benötigen wir durch den demografischen Wandel deutlich mehr Beschäftigte in Pflege und Gesundheit sowie in Bildung und Qualifizierung. Die neue Bundesregierung sollte sich das Ziel setzen, in den nächsten vier Jahren die Anzahl der öffentlich Bediensteten zu reduzieren, was viele Behörden unter massiven Anpassungsdruck setzen wird. Forderungen der Gewerkschaft Ver.di nach zehn Prozent mehr Lohn sind völlig illusorisch und schädlich.

Die Boomer haben Sicherheit und Verteidigung vernachlässigt

Dabei ist die explizite Staatsverschuldung – also das Verhältnis der Schulden aus Staatsanleihen und Krediten zur Wirtschaftsleistung – von gut 64 Prozent das deutlich geringere Problem. Zumal kaum ein Industrieland eine geringere Staatsschuldenquote hat als Deutschland. Das eigentliche Problem sind die impliziten Schulden oder auch verdeckten Schulden in Form von Zusagen der Sozialsysteme, vor allem an die Babyboomer.

In den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege hat die deutsche Politik, vor allem der Generation der Babyboomer, so gigantische Versprechungen gemacht, dass die Staatsausgaben und die Beiträge der Erwerbstätigen in den nächsten Jahren explodieren werden. Im Vergleich zu den expliziten Schulden in Höhe von etwa 64 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung können die impliziten Schulden, je nach Annahme und Art der Berechnung, bereits heute bei über 300 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung liegen, wie Schätzungen von Instituten von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zeigen.

Die Zukunft hat aktuell keine Mehrheit

Den größten Anteil daran haben die Versprechen der Sozialsysteme an die Babyboomer. Der Wertverlust der natürlichen Ressourcen und die steigenden Kosten durch Klimawandel und Naturkatastrophen sowie die mangelnde Verteidigungsfähigkeit sind noch nicht berücksichtigt, weil sie so schwer messbar sind. Die tatsächliche Belastung, die die Babyboomer den jüngeren Generationen hinterlassen, ist also noch deutlich höher.

Letztlich bedeutet diese Politik eine gigantische Umverteilung von Jung zu Alt. Leidtragende sind die jungen und zukünftigen Generationen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Vermögen für diese Versprechen geradestehen müssen. Bei der Bundestagswahl im Februar hatten sie aber kaum eine Stimme: Alle Menschen jünger als 18 durften nicht wählen und die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen macht lediglich 13 Prozent aller Wähler*innen aus. Die über 60-Jährigen dagegen mit 42 Prozent mehr als dreimal so viele. In einer Demokratie ist es daher nicht verwunderlich, dass die politischen Parteien vor allem ihre Wählerklientel bedienen wollen, und das sind nicht die jungen Menschen. Die Zukunft hat aktuell keine Mehrheit.

Investitionen sind etwas anderes als konsumtive Ausgaben

Um diese Fehlentwicklung zu korrigieren, brauchen wir eine generationengerechte Schuldenbremse mit vier Elementen, die ich anlässlich der Neuwahlen ausführlich dargestellt habe. Das erste Element ist die Verpflichtung, dass der Staat nicht länger von seiner Substanz leben darf, sondern kontinuierlich so viel investieren muss, dass der Wert der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge und der Umwelt wächst und nicht weiter schrumpft. Das erfordert Transpa-

renz durch die Messung dieser Vermögen und Werte. Ein zweites Element ist daher, dass Investitionen anders behandelt werden müssen als die konsumtiven Ausgaben des Staates, die in Zukunft mit der Demografie schrumpfen müssen. Vor allem Verwaltung und Bürokratie müssen in einer kleiner werdenden Gesellschaft abgebaut werden.

Gemeinwohl braucht starke Schultern

Das dritte Element erfordert den Abbau der impliziten Verpflichtungen der Sozialsysteme. Dies muss nicht bedeuten, dass die Leistungen für Rente, Gesundheit und Pflege gekürzt werden müssen, sondern dass die Finanzierung der Sozialsysteme nicht primär über eine Umverteilung von Jung zu Alt, sondern von Reich zu Arm erfolgt. Mit anderen Worten: Die starken Schultern in unserer Gesellschaft müssen sich deutlich stärker als bisher am Gemeinwohl beteiligen – so wie es auch im Grundgesetz verankert ist. Diese Pflicht zur Verteilungsgerechtigkeit ist das vierte Element einer generationengerechten Schuldenbremse.

Unsere Demokratie ist dysfunktional geworden

Die hohe Staatsverschuldung ist ein Problem – nicht jedoch die explizite Staatsverschuldung, sondern die enormen und steigenden Verpflichtungen der Sozialsysteme und der Verzehr öffentlichen Vermögens – von Klima und Umwelt über eine mangelnde Verteidigungsfähigkeit bis hin zu unzureichender Infrastruktur. Unsere Demokratie ist dysfunktional geworden, weil sich die immer dominanter werdende Gruppe der Babyboomer auf Kosten der jungen und zukünftigen Generationen bedient und ihnen zukunftsfeindliche Lasten aufbürdet. Eine kurzfristige Lösung mit Sondervermögen wird keine langfristige Abhilfe schaffen. Die neue Bundesregierung sollte mit hoher Priorität die Schuldenbremse reformieren, der zentrale Aspekt muss dabei aber die Generationengerechtigkeit sein.

Kolumne bei **Die Zeit, 7. März 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Die Revolution der EZB-Geldpolitik

Im Juni stellte die EZB ihre neue Strategie vor – und zeigt sich nun flexibler. Doch die neue Flexibilität birgt Risiken.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit ihrer neuen Strategie, die sie Ende Juni veröffentlicht hat, den wohl weitreichendsten Wandel seit ihrer Gründung 1998 vollzogen. Auch wenn sie dies nicht ausdrücklich so formuliert, verabschiedet sie sich von einem strikt regelbasierten Kurs und eröffnet sich künftig deutlich mehr Spielraum für geldpolitische Entscheidungen. Das ist ein mutiger und in vielerlei Hinsicht richtiger Schritt – allerdings nicht ohne Risiken.

Neu an ihrer Strategie ist, dass die EZB fortan explizit die Angemessenheit ihrer Maßnahmen berücksichtigen will: Der Nutzen geldpolitischer Entscheidungen soll systematisch mit den potenziellen Risiken und Nebenwirkungen für Realwirtschaft und Finanzsystem ins Verhältnis gesetzt werden. Nicht mehr nur der „wahrscheinlichste Pfad der Inflation" soll über geldpolitische Maßnahmen entscheiden – vielmehr sieht sich die EZB als Risikomanagerin, die alternative Szenarien einbezieht und ihre Politik darauf abstimmt.

Das bedeutet: Die EZB kann künftig auf Maßnahmen verzichten, die zur Einhaltung des Inflationsziels zwar nötig wären, deren Nebenwirkungen jedoch als unverhältnismäßig groß eingeschätzt werden. Damit verliert das Zwei-Prozent-Inflationsziel seine bisherige unbedingte Vorrangstellung – größere Abweichungen könnten künftig für länger hingenommen werden.

Wer sich an die Jahre 2015 bis 2019 erinnert, erinnert sich auch an die scharfe Kritik des damaligen Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann an den EZB-Anleihekäufen und deren Nebenwirkungen. Die entscheidende Frage ist: Würde die EZB unter ihrer neuen Strategie in vergleichbarer Situation anders handeln? Die Antwort lautet: Ja – oder zumindest könnte sie dies künftig besser begründen. Die neue Strategie ist somit keine bloße Weiterentwicklung – sie ist eine grundlegende Veränderung.

Doch diese neue Flexibilität birgt auch Risiken. Die erste Gefahr: ein Verlust an Glaubwürdigkeit. Entscheidend für den Erfolg der Geldpolitik sind weniger die Maßnahmen selbst als die Erwartungen, die sie bei Marktteilnehmern auslöst. Wenn unklar bleibt, wie die EZB auf wirtschaftliche Entwicklungen reagiert, sinkt die Wirksamkeit ihrer Politik. Die EZB muss daher ihre Reaktionsfunktion – also ihre Entscheidungslogik – nachvollziehbar und transparent kommunizieren. Nur so kann sie Vertrauen erhalten und effektiv bleiben.

Zweitens droht eine wachsende Unklarheit in der Kommunikation. Der EZB-Rat ist ein politisch zusammengesetztes Gremium. Die nationalen Notenbankchefs vertreten oft unterschiedliche wirtschaftspolitische Perspektiven – Länder wie Deutschland mit hoher Inflationsaversion tendieren zu restriktiven Positionen, hoch verschuldete Staaten zu expansiveren. Wenn künftig deutlich mehr Faktoren in die geldpolitische Abwägung einfließen, wird es schwieriger, einen stabilen Konsens zu finden. Die Folge könnte eine unübersichtlichere Kommunikation und größere Unsicherheit über den geldpolitischen Kurs sein – was die Volatilität an den Märkten erhöht.

Das dritte Risiko: ein Verlust an faktischer Unabhängigkeit. Mit größerem Ermessensspielraum steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass Regierungen versuchen, Einfluss zu nehmen – etwa um über eine lockerere Geldpolitik zusätzlichen fiskalischen Spielraum zu gewinnen oder hohe Staatsschulden leichter zu finanzieren. Eine zunehmende fiskalische Dominanz könnte die Unabhängigkeit und Effektivität der EZB gefährden.

Die EZB trägt mit ihrem Strategiewechsel der Realität einer multipolaren, krisenanfälligen Welt Rechnung. Klassische geldpolitische Instrumente stoßen angesichts häufiger Angebotsschocks – etwa durch Pandemien, geopolitische Spannungen oder Energiepreissprünge – immer häufiger an ihre Grenzen. Die neue Strategie erlaubt der EZB daher, differenzierter und vorausschauender zu reagieren – ein kluger und notwendiger Schritt.

Entscheidend ist jedoch, dass die EZB in Zukunft sehr klar und öffentlich darlegt, auf welcher Grundlage sie ihre Entscheidungen trifft – und wie sie trotz größerer Flexibilität die Preisstabilität nicht aus den Augen verliert. Nur wenn sie diesen neuen Spielraum mit einer erhöhten Transparenz verbindet, kann sie Vertrauen sichern, ihre Unabhängigkeit bewahren – und ihrer Rolle in einer komplexeren Welt gerecht werden.

Gastbeitrag bei **WiWo.de**, **24. Juli 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Nur mit höheren Steuern wird Deutschland verteidigungsfähig

Die geplante Finanzierung mit Schulden ist nicht nachhaltig. Nötig ist Verzicht auf Wohlstand: Vor allem die Abgaben auf große Vermögen müssen steigen.

Investitionen in die Sicherheit Europas und Deutschlands sind alternativlos. Wir sollten uns aber ehrlich eingestehen: Die jährlich notwendigen 140 Milliarden Euro für Deutschland zur Erreichung des angestrebten Nato-Ziels sind nur dann nachhaltig zu stemmen, wenn wir heute auf Wohlstand verzichten. Und der einzige Weg, dies zu erreichen, geht über höhere Steuern – ein bisher von der Bundesregierung gepflegtes Tabu.

Durch den Rückgang der Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahrzehnten hat Deutschland über die eigenen Verhältnisse gelebt. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 3,5 Prozentpunkte der Wirtschaftsleistung – also 140 Milliarden Euro jährlich für Deutschland – bedeutet zwangsläufig, dass wir Verzicht üben müssen und der Wohlstand sinken wird, im Schnitt etwa um 1800 Euro pro Kopf jährlich. Im Gegenzug erhalten wir mehr Sicherheit.

Mit der Entscheidung, diese Ausgaben über Schulden zu finanzieren, hat der Bundestag die Last primär auf künftige Generationen abgewälzt. Das ist weder sozial noch ökonomisch oder politisch gerechtfertigt. Es ist ein eklatanter Bruch des Generationenvertrags.

Verteidigungsausgaben sind größtenteils wie Konsumausgaben: Sie erhöhen das Wachstumspotenzial nicht. Im Gegenteil: Im Vergleich zu alternativen Verwendungen, ins-

besondere zu öffentlichen Investitionen, senken sie es. Studien belegen einen Multiplikator von knapp 0,7. Ein zusätzlicher Euro für Verteidigung schafft im Schnitt nur 70 Cent an zusätzlicher Wirtschaftsleistung, nicht zuletzt weil ein erheblicher Teil der Ausgaben ins Ausland fließt – zu Recht, da dies effizienter ist.

Schließlich muss das Ziel die bestmögliche Sicherheit sein und nicht die Förderung heimischer Rüstungsunternehmen. Die Hoffnung, Verteidigungsausgaben könnten Innovationsschübe auslösen, wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit als Illusion erweisen.

Bei einem nominalen Wachstumspotenzial von 2,5 Prozent und einem Verteidigungsausgabenwachstum von fünf Prozent ergibt sich ein jährlicher Anstieg der Schuldenquote um etwa 2,5 Prozentpunkte. Eine schuldenbasierte Finanzierung – wie sie nun erlaubt ist – wird also nicht nachhaltig sein. Sie ist zudem ein eklatanter Bruch mit den europäischen Fiskalregeln und unterstreicht die Bigotterie Deutschlands: Allzu häufig ermahnen wir unsere Nachbarn, sich an die gemeinsamen Regeln zu halten, selbst sehen wir uns jedoch durch diese nicht gebunden.

Bei einem Bundeshaushalt von rund 500 Milliarden Euro ist es illusorisch, die zusätzlichen Ausgaben allein durch Kürzungen zu finanzieren. Zumal Deutschland dringend höhere öffentliche Investitionen benötigt. Deren Multiplikator liegt mit rund zwei deutlich über dem für Verteidigungsausgaben.

Eine Ausnahme von der Schuldenbremse zugunsten der Verteidigung ist also nicht tragfähig. Eine Reform der Schuldenbremse, die gezielt Investitionen erlaubt, wäre hingegen finanzpolitisch sinnvoll und würde die Schuldenquote langfristig sogar senken.

Die Entscheidung, die Ausgaben über Schulden zu finanzieren, ist letztlich ein Sieg der Union. Denn die Union hat Steuererhöhungen kategorisch ausgeschlossen. Mit diesem Tabu muss die Bundesregierung brechen, wenn sie Deutschland sicher und zugleich wirtschaftlich zukunftsfähig machen will.

Die Eckpunkte einer überfälligen Steuerreform liegen auf der Hand: Würde der deutsche Staat Vermögen genauso stark besteuern wie Frankreich, Großbritannien oder die USA, würde er bis zu drei Prozent des BIP oder 120 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen pro Jahr generieren und könnte dadurch die Finanzierungslücke für Verteidigung schließen.

Zudem muss die Bundesregierung dringend die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit Europas in den Mittelpunkt stellen, statt eine nationale Strategie zu verfolgen. Dafür ist ein gemeinsamer europäischer Einkauf im Verteidigungsbereich essenziell. Die 27 EU-Staaten geben derzeit zusammen mehr für Verteidigung aus als Russland – verfügen aber nur über einen Bruchteil der Fähigkeiten.

Die Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsausgaben Europas rechtfertigt auch europäische Schulden. In Deutschland ist die Aversion dagegen groß. Eine Finanzierungsgrundlage über gemeinsame europäische Steuern könnte diese Ablehnung reduzieren.

Deutschland und Europa erkennen nun schmerzlich die Defizite ihrer Verteidigungsfähigkeit. Die Politikdarf die Folgen ihres Versagens aber nicht künftigen Generationen aufbürden, sondern muss jetzt volle Verantwortung übernehmen. Sicherheit erfordert zwingend einen Verzicht auf Wohlstand. Dieser Verzicht kann primär nur über höhere Steuern – insbesondere für große Vermögen – finanziert werden.

Gastbeitrag im **Handelsblatt**, **20. Oktober 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Wir brauchen keine neue Erbschaftsteuer, sondern eine ehrliche

Milliardenerbschaften bleiben oft steuerfrei. Eine Reform der Erbschaftsteuer erfordert keine Revolution, aber gezielte Veränderungen für mehr Fairness und Effizienz.

Die Debatte über die Erbschaftsteuer flammt alle paar Jahre wieder auf – meist wenn das Bundesverfassungsgericht droht, das nächste Loch in das ohnehin löchrige Regelwerk zu reißen. Schnell fordern manche eine grundlegende Reform, andere eine Abschaffung der Steuer und wieder andere eine Erhöhung der Sätze. Wer genauer hinschaut, erkennt: Eine Revolution braucht es nicht: Das deutsche Erbschaftsteuerrecht funktioniert im Kern. Korrigiert werden muss dort, wo es sich zugunsten weniger sehr Reicher verbogen hat.

Während Normalbürger für die geerbte Eigentumswohnung in München oder das Elternhaus im Speckgürtel längst Erbschaftsteuer zahlen, bleiben Milliardenerbschaften in Unternehmensanteilen oder über komplizierte Familienstiftungen oft vollständig steuerfrei. Das ist nicht nur ungerecht, sondern ökonomisch ineffizient. Es verzerrt die Vermögensverteilung und untergräbt die Akzeptanz einer Steuer, die eigentlich die Chancengleichheit stärken soll.

Das Prinzip ist richtig: Besteuert wird nicht Leistung, sondern Zufall. Niemand sucht sich seine Eltern aus, niemand erarbeitet sich seine Erbschaft. Wenn aber ein Prozent der Haushalte fast ein Drittel des gesamten Vermögens hält und jährlich dreistellige Milliardenbeträge vererbt oder verschenkt werden, dann entscheidet Erben oft mehr über Lebenswege als Bildung oder Fleiß. Denn mehr als die Hälfte aller privaten Vermögen (PDF) in Deutschland heute wurde geerbt und nicht selbst erarbeitet.

Laut unseren Erhebungen am DIW Berlin werden in Deutschland jährlich Vermögen von rund 300 bis 400 Milliarden Euro übertragen. Doch nur ein gutes Viertel davon taucht überhaupt in der Steuerstatistik auf. Der Rest bleibt steuerfrei – meist wegen hoher Freibeträge oder großzügiger Ausnahmen. So beträgt der Freibetrag für Kinder 400 000 Euro, für Ehepartner 500 000 Euro. Und wer clever genug ist, kann Vermögen über Jahrzehnte verteilt immer wieder steuerfrei verschenken.

Noch gravierender sind die Ausnahmen für Unternehmensvermögen. Wer ein Familienunternehmen erbt, kann 85 oder sogar 100 Prozent des Wertes steuerfrei erhalten – unter Bedingungen, die in der Praxis leicht zu erfüllen sind. Solche begünstigten Unternehmensübertragungen machen rund 30 Milliarden Euro pro Jahr aus. Dem Staat entgehen Milliarden, während die Vermögenskonzentration zunimmt.

Die jüngste DIW-Simulationsstudie zeigt, wie stark diese Begünstigungen wirken. Würde man allein die Steuervergünstigungen für Unternehmen und vermietete Immobilien streichen, würde das Steueraufkommen um rund 7,8 Milliarden Euro oder 65 Prozent steigen. Fast 80 Prozent dieser Mehreinnahmen kämen von Übertragungen ab fünf Millionen Euro – also von den wirklich großen Erbschaften. Die Zahl der Steuerpflichtigen würde nur um gut vier Prozent steigen. Das widerlegt die Erzählung, die Erbschaftsteuer erdrücke den Mittelstand.

Kein Familienunternehmen müsste verkauft werden

Auch Liquiditätsängste lassen sich entkräften: Selbst ohne Vergünstigungen ließe sich die Steuerlast durch Stundungen oder Verrentungen über zehn bis fünfzehn Jahre aus laufenden Erträgen tragen – ohne Engpässe oder Arbeitsplatzverluste. Im Modell liegt die durchschnittliche Belastung bei Verrentung über 15 Jahre und 1,8 Prozent Zins bei kaum mehr als einem bis zwei Prozent des jährlichen Unternehmensgewinns. Damit wäre sichergestellt, dass kein gesundes Familienunternehmen allein wegen der Steuer verkauft werden müsste – ein oft bemühtes, aber empirisch kaum belegtes Argument gegen jede Reform.

Fakt ist: Nur etwa elf Prozent aller Erbenden zahlen überhaupt Erbschaftsteuer. Die Mehrheit der Bevölkerung erbt wenig oder gar nichts, und selbst mittlere Erbschaften bleiben meist unter den Freibeträgen. Das ist sozial-

politisch akzeptabel – aber nur, wenn die obersten Vermögensgruppen tatsächlich ihren Anteil leisten. Heute ist das Gegenteil der Fall: je reicher die Erbschaft, desto geringer der effektive Steuersatz. Ab etwa 300 Millionen Euro wird fast gar keine Steuer mehr fällig, weil das Vermögen fast vollständig als Betriebsvermögen gilt. Das ist regressiv und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz.

Eine verfestigte Erbengesellschaft

So entsteht eine Erbengesellschaft, in der sich Vermögen über Generationen verfestigt. Wer in Deutschland geboren wird, hat nach Berechnungen des DIW Berlin heute eine etwa 50-fach höhere Chance auf ein Millionenvermögen, wenn die Eltern wohlhabend sind. Die Erbschaftsteuer könnte diesen Trend dämpfen – wenn sie nicht durch Ausnahmen ausgehöhlt wäre.

Sinnvoll ist ein zweiter Schritt bei den Schenkungen: Heute kann derselbe Begünstigte alle zehn Jahre erneut steuerfrei beschenkt werden. Das begünstigt vor allem sehr Vermögende, die ihr Geld schon zu Lebzeiten portionsweise übertragen. Klug wäre, Freibeträge über die gesamte Lebenszeit einer Person zu kumulieren. Das vereinfacht die Steuer, verhindert Missbrauch und entlastet normale Erbfälle.

Ein einheitlicher Lebensfreibetrag von einer Million Euro – wie in den DIW-Simulationen getestet – würde die Zahl der Steuerzahlenden um 90 Prozent senken, ohne die Einnahmen nennenswert zu verringern. Denn die Mehreinnahmen stammen ohnehin fast ausschließlich von großen Unternehmensübertragungen.

Die Lehre ist klar: Wir brauchen keine neue Erbschaftsteuer, sondern eine ehrliche. Keine großen Systembrüche – sondern die Abschaffung der Ausnahmen für sehr große Erbschaften, insbesondere bei Unternehmen. Zugleich sollten Stundungsregeln gesetzlich festgeschrieben werden, damit Steuerzahlungen über viele Jahre gestreckt werden können. Damit ließe sich der Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit lösen.

Das heutige System benachteiligt sogar kleine und mittlere Firmen indirekt, weil es große Vermögen überproportional entlastet. Eine vereinfachte, transparente und verfassungsfeste Erbschaftsteuer stärkt den Mittelstand, statt ihn zu gefährden. Oft heißt es, eine höhere Erbschaftsteuer schade der Wirtschaft. Das Gegenteil ist plausibel: Wer geerbten Reichtum moderat besteuert, stärkt Chancengleichheit, lenkt Kapital in produktive Investitionen und erhöht die Akzeptanz eines Systems, das Leistung belohnen soll.

Kolumne bei **Die Zeit**, **14. November 2025**

Dieser Artikel ist online **hier** zu finden.

Zukunft können wir uns gerade nicht leisten

Selten war ein Wahlkampf so von einer Umverteilung von Jung nach Alt geprägt wie dieser. Die Jugend soll für die Absicherung der Alten zahlen, egal, wie teuer es wird.

Wir können uns die Zukunft gerade nicht leisten – so lautet die zentrale Botschaft der Wahlprogramme und der Kommunikation fast aller Parteien im Bundestagswahlkampf. Die Parteien versprechen vor allem eines: eine Umverteilung in Bezug von Geld, Freiheit und Chancen von Jung zu Alt. Die jungen und zukünftigen Generationen sind die Hauptleidtragenden eines Wahlkampfes, der vor allem auf die Bewahrung von Besitzständen und alten Strukturen ausgerichtet ist.

Die meisten Parteien haben inzwischen ihre Wahlprogramme vorgelegt, bleiben aber bei vielen Themen bewusst vage und konkrete Vorschläge und Antworten schuldig. Sie versprechen den Wählerinnen und Wählern das Blaue vom Himmel – Mehrausgaben, Steuersenkungen, mehr Wohlstand und Wachstum. Nun mag man einwenden, das sei doch nichts Neues und gehöre in einer Demokratie zum Wahlkampf dazu. Aber selten hat die Politik dem Souverän so wenig Ehrlichkeit zugemutet.

Ungewöhnlicher als die unrealistischen Versprechungen ist die Härte des Verteilungskampfes bei dieser Wahl. Es geht kaum darum, wie Deutschland und seine Gesellschaft durch Kooperation und Solidarität vorankommen und die Probleme unserer Zeit lösen können. Jede Partei hat ihre bevorzugte Zielgruppe, die profitieren soll. Aber niemand sagt offen, wer die Leidtragenden sind: Es ist die junge Generation, die einen hohen Preis zahlen wird für eine Politik der Wahrung von Besitzständen und alten Strukturen. Die Besitzstände der Alten sollen gewahrt werden.

In diesem Wahlkampf geht es vor allem um die Wirtschaftspolitik. Die Frage ist, wie Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden soll. Gute Arbeitsplätze sollen in

Deutschland bleiben und innovative Unternehmen erfolgreich sein. Fast alle Parteien versprechen Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener. Bei der SPD und den Grünen sind es 30 bzw. 48 Milliarden Euro jährlich, bei der Union 90 Milliarden Euro, bei der FDP 138 Milliarden Euro. Die AfD will noch mehr ausgeben. Bei der Union und der FDP soll knapp ein Drittel der Gelder den oberen 10 Prozent zugutekommen, während die untere Hälfte größtenteils leer ausgeht. Steuererhöhungen an anderer Stelle, um diese Versprechen zu finanzieren, werden von manchen kategorisch ausgeschlossen.

Die junge Generation geht leer aus

Die Grünen und die SPD setzen dagegen auf direkte Subventionen und Hilfen für bestimmte Unternehmen und Branchen. Das Ziel der Parteien auch hier: Die Babyboomer entlasten und finanziell stärker unterstützen.

Ein zweiter Bereich sind Jobs und der Arbeitsmarkt. Lautstark wird die mangelnde Arbeitsmoral der jungen Generation beklagt, sie sei faul, wolle nur Teilzeit arbeiten und lasse sich ständig krankschreiben. Vollzeitbeschäftigte sollten gefälligst mehr Überstunden machen und auf Lohn und Flexibilität verzichten. Die Frage, was Unternehmen und der Staat tun können, um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, wird dagegen kaum gestellt.

Investitionen in Bildung sind unverzichtbar für deutsche Wettbewerbsfähigkeit

Dabei sind deutlich höhere Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Innovation unverzichtbar, wenn die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig werden und gute Arbeitsplätze langfristig gesichert werden sollen. Eine Diskussion über die Verbesserung des Bildungssystems, die Verringerung der Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher oder über Weiterbildung und lebenslanges Lernen fehlt im Wahlkampf weitgehend. Die Botschaft der meisten Parteien lautet: Junge Menschen sollen sich mehr anstrengen, mehr Steuern und Abgaben für die ältere Generation zahlen und mehr aus den vorhandenen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten machen. Und: Die ältere Generation ist nicht bereit, mehr in die junge Generation zu investieren.

Ehrlichkeit und mutige Reformen

Das Ungleichgewicht im Verteilungskampf zwischen Jung und Alt zeigt sich auch in der Debatte um die Sozialsysteme. Während Union, AfD und FDP mehr auf die Umverteilung von Arm zu Reich setzen, geht es SPD und Grünen mehr um die Umverteilung von Jung zu Alt. Sie wollen die Sozialsysteme bei Rente, Pflege und Gesundheit stärken, wie das nicht umgesetzte Rentenpaket II zeigt. Die Besitzstände der Babyboomer sollen im Alter gesichert werden, zahlen soll die junge Generation, und das wird in den nächsten 20 Jahren extrem teuer.

FDP und Union wollen dagegen vehement bei den Sozialausgaben kürzen. Sie planen Kürzungen beim Bürgergeld, bei jungen Menschen und Geflüchteten. Das Thema Kinder- und Jugendarmut kommt in der Debatte kaum vor, obwohl Armut und mangelnde soziale Teilhabe die Hauptursachen für fehlende Bildungschancen und spätere Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialstaat im Erwachsenenalter sind. Für alle ist es lediglich ein Lippenbekenntnis, dass Investitionen in junge Menschen die besten Investitionen sind, die eine Gesellschaft tätigen kann. Taten folgen jedoch kaum, Kinderarmut wird als Versagen der Eltern und nicht der Gesellschaft dargestellt.

Ein Konzept für die Zukunft fehlt

Ein viertes Thema ist der Klima- und Umweltschutz, der vor vier Jahren im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat und nun von den meisten Parteien als lästig angesehen wird. Die Parteien können den menschengemachten Klimawandel und die enormen Kosten nicht mehr leugnen, wollen aber auch keine Konsequenzen ziehen. Im Gegenteil: Union und FDP versprechen eine weitere Aufweichung der Klimaschutzziele und die Abschaffung einiger Regeln, wie das Ende des Verbrennungsmotors 2035. Es ist gelungen, Klima- und Umweltschutz als wirtschaftliche Belastung darzustellen.

Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat die Ampelregierung zwar Fortschritte erzielt, aber immer wieder wichtige Ziele aufgeweicht und Reformen rückgängig gemacht. Dabei zeigen alle Fakten und wissenschaftlichen Studien, dass eine kluge Politik zum Schutz von Klima und Umwelt nicht nur überlebensnotwendig, sondern auch für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unverzichtbar ist.

Was passiert, wenn Unternehmen die grüne Transformation verschlafen, zeigt die deutsche Automobilindustrie. Dennoch ist es gelungen, das Narrativ zu verfestigen, dass Deutschland diese Transformation zu schnell und nicht zu langsam angeht.

Zementieren statt Visionen für die junge Generation

Selten gab es in Deutschland einen Wahlkampf, der so stark von Verteilungskämpfen und dem Versuch, Besitzstände zu wahren und alte Strukturen zu zementieren, geprägt war. Mit den Versprechungen der Parteien wird Deutschland seine Zukunftsfähigkeit nicht zurückgewinnen, sondern verlieren. Die Leidtragenden sind die jungen und zukünftigen Generationen. Den Parteien fehlt meist ein Konzept und eine Vision, wie Deutschland in zehn oder in dreißig Jahren aussehen soll – es fehlt ein Angebot für die junge Generation. Die Zukunft hat aktuell keine Mehrheit. Investitionen in die Zukunft können wir uns gerade nicht leisten, so die Botschaft der Parteien.

Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn viele junge Menschen am 23. Februar 2025 aus Protest nicht wählen gehen oder nicht demokratisch wählen. Es bleibt zu hoffen, dass die Parteien umdenken und Bereitschaft zeigen, in die Zukunft zu investieren.

Kolumne bei **Die Zeit**, **17. Januar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Sozialpolitik

Warum ein Grundeinkommen die Menschen kaum verändert

Ein Experiment mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zeigt: Menschen, die es bekommen, ändern ihr Arbeitsverhalten nicht. Für den Sozialstaat ist das dennoch lehrreich.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) hat in den vergangenen Jahren viel Hoffnung und Begeisterung geschürt. Die Auswertung eines Experiments mit dem BGE, an der auch das DIW beteiligt war, zeigt nun – auch für mich – ein ernüchterndes Resultat: Die Probanden haben mit dem Erhalt regelmäßiger und bedingungsloser Geldzahlungen über drei Jahre so gut wie nichts in ihrem Leben verändert. Welche Schlüsse ergeben sich daraus für unsere Gesellschaft und für den Sozialstaat?

Das BGE wird in Deutschland von vielen befürwortet: 53 Prozent der Menschen sprachen sich bei repräsentativen Umfragen aus dem Jahr 2022 für dessen Einführung aus, nur 36 Prozent waren dagegen. Selbst eine Mehrheit derer mit hohen Einkommen (einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 5 000 Euro im Monat) und Menschen mit hoher Bildung (Hochschulabschluss oder Fachhochschulreife) stehen einer Einführung positiv gegenüber, selbst wenn es sie schlechterstellen würde.

Das vielleicht wichtigste Argument für das BGE ist das positive Menschenbild, auf dem es beruht: Der Mensch ist ein soziales Wesen, das eine intrinsische Motivation hat, einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten. Und Menschen sind besser in der Lage, einen solchen Beitrag zu leisten, wenn sie Freiheiten haben und Unterstützung erhalten, als wenn sie sanktioniert oder in ihren Freiheiten beschränkt werden. Daher beruht das Konzept des BGE auf einem

proaktiven, befähigenden und nicht auf einem sanktionierenden Sozialstaat. Das war das Argument, das mich selbst von einem Kritiker zu einem vorsichtigen Befürworter machte.

Viele Gegner argumentieren jedoch, das Grundeinkommen führe zu Ungerechtigkeiten. Zum Beispiel, weil sich einige eben nicht stärker einbringen und die Umverteilung innerhalb der Gesellschaft zunehme.

Ein Experiment für wissenschaftliche Evidenz

Ein groß angelegtes Experiment hat nun untersucht, wie das bedingungslose Grundeinkommen wirkt: Von Juni 2021 bis Mai 2024 hat der Verein Mein Grundeinkommen rund 120 Personen 1.200 Euro pro Monat ausgezahlt, finanziert über Spenden und wissenschaftlich begleitet von unabhängigen Expertinnen und Experten (zur Transparenz: darunter auch meine Kollegin Sandra Bohmann und mein Kollege Jürgen Schupp).

Um die Resultate wissenschaftlich belastbar und aussagekräftig zu gestalten, wurden aus mehr als zwei Millionen Bewerberinnen und Bewerbern über verschiedene Stufen 1700 Personen durch bestimmte Faktoren ausgewählt und von diesen wiederum zufällig gut 120 für das Grundeinkommen bestimmt, die anderen 1580 bildeten die Kontrollgruppe. Die Gruppe wurde zudem auf Menschen begrenzt, die zwischen 21 und 40 Jahre alt sind, in einem Single-Haushalt leben und ein geringes bis mittleres Einkommen haben (zwischen 1100 und 2600 Euro netto pro Monat). Der Grund: Unter diesen Menschen würde man die größten Effekte eines BGE erwarten. Denn eine 75 Jahre alte Rentnerin wird weniger wahrscheinlich ihr Verhalten durch zusätzliche 1200 Euro im Monat ändern – ebenso wenig wie Spitzenverdienende. Zum anderen wurden Mehrpersonenhaushalte ausgeschlossen, um individuelle Effekte der Geldzahlungen besser untersuchen zu können.

Keine Änderung beim Arbeitsverhalten

Die Resultate des Experiments sind für die Befürwortenden eines BGE ernüchternd, wie eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin zeigt. Die Geldempfänger haben faktisch nichts Grundlegendes an ihrem Arbeitsverhalten verändert. Sie haben weder ihre Arbeitszeit noch ihre Tätigkeit verändert. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch zwei andere Studien für die USA. Positiv formuliert könnte man sagen: Die soziale Hängematte ist ein Mythos. Aber ein bedingungsloses Grundeinkommen führt eben auch nicht dazu, dass sich Menschen beruflich verbessern.

Es gibt aber zwei signifikante Unterschiede zwischen den Empfängern des BGE und ihren quasi identischen Zwillingen aus der Kontrollgruppe: Erstere sind deutlich und nachhaltig zufriedener mit ihrem Leben und haben eine bessere mentale Gesundheit. Und sie spenden doppelt so viel für soziale Zwecke (29 Euro im Vergleich zu 13 Euro). Ein gutes Drittel des BGE-Geldes wurde zudem gespart. Die Hälfte des Geldes wurde für den Konsum genutzt, wie für Reisen, Kleidung oder Freizeit. Stark vereinfacht könnte man das Fazit wie folgt zusammenfassen: Geld macht zufriedener. Das ist jedoch (auch wissenschaftlich) wenig überraschend. Und rechtfertigt dies die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens?

Man sollte, wie immer in der Wissenschaft, vorsichtig mit den Erkenntnissen umgehen. Die Resultate basieren auf einer kleinen, begrenzten Gruppe von Probandinnen und Probanden. Die größte Schwäche eines solchen Experiments – wie letztlich aller Verhaltensexperimente – ist die Tatsache, dass das Geld nur für drei Jahre und nicht permanent ausgezahlt wurde. Ein Mensch mag sich anders verhalten, wenn er davon ausgehen kann, dass er das Geld stetig erhält. Bei einer Auszahlung über lediglich drei Jahre ist es vernünftig, zumindest einen Teil davon zu sparen und den Job nicht zu kündigen. Was jedoch gegen diese These spricht, ist die Tatsache, dass sich kaum jemand eine Auszeit vom Job genommen hat und die allerwenigsten trotz des Geldes gewillt waren, sich fortzubilden oder sich selbstständig zu machen.

Drei Schlüsse lassen sich ziehen

Trotzdem ist Vorsicht geboten, die Ergebnisse eines einzelnen Experiments als einen definitiven Beweis zu verstehen. Zugleich lassen sich einige Erkenntnisse aus dem Versuch für den Sozialstaat ableiten.

Eine erste Implikation ist, dass Entscheidungen – wie in Bezug auf Arbeit oder Qualifizierung – meist nur wenig von Geld, sondern viel stärker von den verfügbaren Rahmenbedingungen und Chancen bestimmt werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen führt vermutlich nicht per se dazu, dass sich deutlich mehr Menschen selbstständig machen. Ausschlaggebend für eine solche Entscheidung sind die individuellen Fähigkeiten, Chancen und Informationen. Oder andersherum formuliert: Mehr Geld ist meist keine essenzielle Voraussetzung für eine Verhaltensänderung in Bezug auf Arbeit und Qualifizierung, sondern mehr Geld ist das Resultat von Qualifizierung und Anstrengungen.

Zweitens hängen die meisten Entscheidungen und Verhaltensweisen der Menschen weniger von Geld als von ihren

Werten und ihrer Mentalität ab. Menschen verändern ihr Verhalten nicht, weil sie regelmäßig Geld bekommen. Sie sind geprägt durch andere Faktoren, etwa die Werte, mit denen sie groß geworden sind oder die sie in ihrem Umfeld erleben. Mehr Geld führt nicht einmal zu einer geringeren Risikoaversion und einer höheren Akzeptanz gegenüber Risiken in Bezug auf Arbeit, da diese häufig fest im Wertekanon und der Mentalität verankert ist.

Auf die Vorsorge durch den Sozialstaat kommt es an

Drittens unterstreichen die Resultate die Bedeutung der Vorsorge durch die Sozialsysteme. Menschen entkommen schwierigen persönlichen Verhältnissen vornehmlich nicht, wenn sie mehr Geld erhalten. Vielmehr ist der Teufelskreis aus geringem Einkommen, fehlender sozialer Teilhabe und wenigen Chancen für die Betroffenen selbst schwer zu durchbrechen. Langzeitarbeitslose kommen größtenteils nicht durch mehr Bürgergeld wieder in Arbeit, sondern durch Qualifizierung und konkrete Hilfe bei der sozialen Eingliederung. Eine auskömmliche Höhe des Bürgergelds ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Und eine effektive Vorsorge durch einen aktiven Sozialstaat, der hilft, eine solche Situation zu verhindern, ist die effektivste Politik für die Betroffenen wie für die Gesellschaft.

Wenn sich die Resultate des Experiments durch weitere Studien bestätigen sollten, dann ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht die Lösung vieler sozialer Probleme. Der Weg zu einer Gesellschaft mit mehr Chancengleichheit, individueller Freiheit und mehr sozialem Zusammenhalt ist schwieriger. Dies sollte uns aber nicht zum Nichtstun verleiten. Nicht zuletzt der demografische Wandel zwingt uns, unsere Sozialsysteme umzubauen: hin zu einem aktiven System, das bessere Vorsorge betreibt, Menschen Chancen eröffnet und den sozialen Zusammenhalt stärkt.

Kolumne bei **Die Zeit**, **11. April 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Sollte das Bürgergeld ersetzt werden?

Das Bürgergeld sei zu teuer und halte die Menschen vom Arbeiten ab, behaupten viele Parteien im Wahlkampf. Was eine Abschaffung tatsächlich für den Sozialstaat bringt.

Im Bundestagswahlkampf dominiert die Erzählung, der Sozialstaat sei zu teuer und Kürzungen seien dringend geboten. Die Union will vor allem die Axt an das Bürgergeld legen. Aber sind Einschnitte wirklich zielführend, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, die Kosten zu senken und mehr Fairness zu gewährleisten? Welche Reformen brauchen wir wirklich?

Die Parteien überbieten sich mit Versprechen von Steuersenkungen und zusätzlichen Ausgaben. Konservative und rechte Parteien sind besonders großzügig mit ihren Ankündigungen und wollen diese primär durch Einsparungen bei den Sozialsystemen und insbesondere beim Bürgergeld finanzieren. Sie führen die Wählerinnen und Wähler damit hinters Licht, denn selbst eine völlige Abschaffung des Bürgergelds würde nur einen Bruchteil der Versprechen von knapp 100 Milliarden Euro der Union und nahezu dem Doppelten bei FDP und AfD finanzieren. Durch diesen Sozialstaat-Populismus schieben diese Parteien die Verantwortung für die finanziell angespannte Lage des Staates auf die schwächsten und verletzlichsten Menschen. Das spaltet die Gesellschaft weiter und schwächt die Demokratie.

Trotzdem ist es richtig zu fragen, wie der Staat sparsamer und effizienter mit seinen Geldern umgehen und auch beim Bürgergeld sparen kann. Wie groß sind die Potenziale für Einsparungen? Wollen wir solche Kürzungen überhaupt, was sind die Konsequenzen und was die Alternativen?

Zu den Fakten des Bürgergelds: 2024 wie auch 2023 bezogen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 5,6 Millionen Menschen in Deutschland die Leistung. Die Gesamtkosten betrugen 2023 mehr als 40 Milliarden Euro. Im öffentlichen Diskurs wird gerne suggeriert, diese Menschen könnten und sollten arbeiten. Allerdings umfasst die Gruppe derer, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, lediglich 1,7 Millionen Menschen. Denn weitere 1,7 Millionen sind Kinder und Jugendliche, die in armen Haushalten leben. Rund weitere zwei Millionen sind Menschen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie sich um ihre Kinder kümmern oder Familienangehörige pflegen und eine Tätigkeit schlecht möglich ist, weil es an Kita-, Schul- und Pflegeplätzen sowie anderer Infrastruktur mangelt. Etwa 800 000 Bürgergeldempfänger sind sogenannte Aufstocker – sie arbeiten, verdienen aber so wenig, dass sie staatliche Unterstützung für das Wohnen oder andere Leistungen benötigen.

1,7 Millionen prinzipiell arbeitsfähige Menschen sind dennoch eine große Zahl. Das Ziel, möglichst viele schnell und gut in Arbeit zu bringen, ist richtig. Die meisten Kritiker vermeiden klugerweise das Wort faul, aber suggerieren es mit ihrer Behauptung, Bürgergeldbeziehende machen es sich bequem, und es lohne sich schlichtweg finanziell nicht für sie zu arbeiten. Der Populismus liegt darin, dass fehlende finanzielle Anreize für die große Mehrheit nicht ausschlaggebend sind. 2023 gab es 16 000 sogenannte Totalverweigerer, die also Jobangebote mehrmals abgelehnt haben und deswegen sanktioniert wurden. Dies sind 16 000 zu viele, aber immer noch eine sehr kleine Minderheit der 5,6 Millionen.

Mehr Ehrlichkeit täte der Debatte gut

Eine ehrliche Analyse der Zahlen zeigt: Die große Mehrheit dieser 1,7 Millionen Menschen hat weder Schul- noch Berufsabschluss und ist für den Arbeitsmarkt unzureichend qualifiziert. Zudem haben viele gesundheitliche Probleme. Dies gilt auch für viele Geflüchtete, die Bürgergeld erhalten. Nicht Faulheit, sondern fehlende Chancen und eine mangelnde Infrastruktur sind bei Weitem die Hauptgründe, weshalb Menschen in Deutschland Bürgergeld beziehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat enge Grenzen für Kürzungen sozialer Leistungen, einschließlich des Bürgergelds, gezogen. Selbst wenn die finanziellen Leistungen gekürzt werden könnten, dürften die Konsequenzen für die Betroffenen und auch für die Gesellschaft und Wirtschaft langfristig negativ sein. Denn geringere finanzielle Leistungen reduzieren die soziale Teilhabe, verschlech-

tern die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, führen zu Stigmatisierung und Ausgrenzung und machen die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt nicht leichter, sondern schwerer. Kurzfristig könnte die neue Bundesregierung durch Kürzungen wohl einen kleinen einstelligen Milliardenbetrag einsparen. Langfristig dürfte es die Anzahl der Arbeitslosen und die Länge der Arbeitslosigkeit erhöhen und vor allem junge Menschen hart treffen –und den Staat das Vielfache von dem kosten, was er kurzfristig einsparen könnte.

Anstelle Gelder und Leistungen zu kürzen, sollte die künftige Bundesregierung das Bürgergeld reformieren und kurzfristig sogar mehr Geld dafür ausgeben. Denn eine gute Integration der 1,7 Millionen Bürgergeldempfänger, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, erfordert Investitionen in Qualifizierung und Betreuung. Wichtig ist die Weiterentwicklung der Jobcenter, die mehr Ressourcen benötigen. Es erfordert eine Stärkung der Jobcenter in Bezug auf Mitwirkungspflichten der Bezieher. Das Bürgergeld macht vieles besser als Hartz IV – wie der Fokus auf eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt –, aber hat eben auch einige Schwachpunkte, die es nun zu korrigieren gilt, wie eine Studie des DIW Berlin gezeigt hat.

Das noch größere Potenzial bei den Bürgergeldbeziehenden sind die zwei Millionen der stillen Reserve, also diejenigen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Investitionen in die Verfügbarkeit von Kita- und Schulplätzen und bei der Pflege sind essenziell, damit vor allem Frauen wieder mehr Chancen im Arbeitsmarkt haben. Denn viele der Betroffenen wollen arbeiten, schaffen es aber zeitlich nicht, weil die öffentliche Daseinsfürsorge schlichtweg unzureichend ist. Auch Reformen von Ehegattensplitting und Minijobs sind wichtig, damit sich Arbeit wieder mehr lohnt, nicht nur für Bürgergeldbezieherinnen, sondern für viele mit geringen und mittleren Einkommen. Dies würde keine zusätzlichen Ausgaben vom Staat verlangen, sehr wohl aber ein Umdenken und progressivere Werte bei vielen konservativen Politikern.

Der Sozialstaat-Populismus zeigt sich überdeutlich im Bundestagswahlkampf. Besonders in der Debatte um das Bürgergeld werden verletzliche Gruppen mit sachlich falschen Behauptungen attackiert – ein unwürdiges Verhalten in einer Demokratie. Wir brauchen keinen Abbau der sozialen Marktwirtschaft, sondern kluge Reformen der Sozialsysteme, damit diese zielgenauer und effektiver werden. Dadurch schaffen sie mehr Teilhabe, reduzieren die Abhängigkeit vom Sozialstaat und verbessern den sozialen Frieden. Das spart dem Staat langfristig viel Geld, schafft Beschäftigung und ist auch der beste Beitrag zu mehr Fairness in unserer Gesellschaft.

Kolumne bei **Die Zeit**, **24. Januar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Rente: „Lasst uns die Altersarmut bekämpfen“

Marcel Fratzscher diskutiert bei Hart aber Fair, ob die Rente perspektivisch unbezahlbar wird.

„Wir haben heute zwei Probleme: Die Altersarmut steigt. Gleichzeitig versucht die Bundesregierung, das zu lösen, indem sie noch mehr von Jung zu Alt umverteilt. Aber wir haben in der Generation der Babyboomer extrem viel Vermögen – es ist nur sehr ungleich verteilt. Die Idee des Boomer-Solis lautet: Lasst uns die Altersarmut bekämpfen, nicht indem wir mehr umverteilen von Jung zu Alt, sondern von Reich zu Arm innerhalb der Generation. “

TV-Diskussionsrunde bei **„Hart aber Fair“** (Das Erste), **27. Oktober 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Ein Babyboomer-Soli für weniger Altersarmut

Die Rente muss dringend reformiert werden. Eine Sonderabgabe für Wohlhabende im Ruhestand löst viele Probleme. Ohne die Jüngeren weiter zu belasten.

Die Alterung der Gesellschaft und der bevorstehende Ruhestand der Babyboomer-Generation sind kein Zukunftsszenario mehr – sie sind Realität und stellen schon heute eine akute sozialpolitische Herausforderung dar. Der demografische Wandel erschüttert die Fundamente der gesetzlichen Rentenversicherung und wirft eine zentrale Frage auf: Wer trägt die Kosten dieser strukturellen Veränderung – und wie lässt sich diese Belastung sozial gerecht, wirtschaftlich effizient und politisch tragfähig verteilen?

Die bisherigen Maßnahmen der Rentenpolitik – kein höheres Renteneintrittsalter, deutlich steigende Renten und dadurch stark steigende Beitragssätze – verschieben die Last fast ausschließlich auf die jüngere Generation. Das mag kurzfristig fiskalisch bequem erscheinen, ist aber weder ökonomisch sinnvoll noch gesellschaftlich zukunftsfähig. Wenn wir Generationengerechtigkeit ernst nehmen, braucht es eine neue Logik der Verteilung: nicht mehr nur zwischen Jung und Alt, sondern auch innerhalb der älteren Generation von Reich zu Arm.

So ist der Vorschlag eines sogenannten Boomer-Solis zu verstehen, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kürzlich vorgeschlagen hat. Diese Sonderabgabe wäre eine vielversprechende und innovative Reformoption, die sowohl aus ökonomischer als auch aus sozialpolitischer Perspektive überzeugt. Die Idee: Eine moderate Sonderabgabe auf sämtliche Alterseinkommen – also gesetzliche, betriebliche und private Renten, Beamtenpensionen, sonstige Versorgungsbezüge und gegebenenfalls auch Vermögenseinkommen im Ruhestand – soll gezielt höhere Rentenansprüche für Menschen mit niedrigen Alterseinkommen finanzieren. So lässt sich Altersarmut wirksam bekämpfen, ohne die erwerbstätige und jüngere Bevölkerung zusätzlich zu belasten.

Steigende Kosten und schwindende Sicherheit

Ein solcher Babyboomer-Soli wäre wirksamer als viele der derzeit diskutierten Reformansätze. Denn er setzt dort an, wo andere Konzepte an ihre Grenzen stoßen: bei der tatsächlichen Einkommensverteilung im Alter.

Während etwa eine progressive Rentenformel innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung ansetzt – etwa durch eine neue Bewertung von Entgeltpunkten und stärkere Belastung hoher Renten –, verfehlt sie häufig ihr Ziel. Denn hohe gesetzliche Renten bedeuten nicht automatisch hohe Alterseinkommen. Viele Wohlhabende im Ruhestand beziehen den Großteil ihres Einkommens aus privaten Vorsorgeprodukten, Kapitalerträgen oder Beamtenpensionen – Einkunftsarten, die im Umlagesystem der gesetzlichen Rente gar nicht erfasst werden.

Genau hier liegt der entscheidende Vorteil des Babyboomer-Solis: Er bezieht alle Alterseinkommen ein – und damit auch jene Gruppen, die bislang von Umverteilungsmaßnahmen weitgehend unberührt geblieben sind. Die Folge ist eine breitere Bemessungsgrundlage, die die Verteilungsgerechtigkeit verbessert.

Nicht nur auf die gesetzliche Rente blicken

Simulationen des DIW Berlin zeigen: Durch die Einbeziehung sämtlicher Alterseinkünfte lässt sich Altersarmut spürbar und nachhaltig senken – ohne die große Mehrheit der Ruheständler*innen übermäßig zu belasten. So sinkt etwa die Armutsrisikoquote bei Menschen über 65 Jahre um fast ein Viertel – von gut 18 auf knapp 14 Prozent. Gleichzeitig bleibt die finanzielle Belastung für wohlhabendere Ruheständlerinnen und Ruheständler moderat: Selbst wenn man Vermögenseinkommen einbezieht, liegt die durchschnittliche Abgabe bei den 20 Prozent der Haushalte mit dem höchsten Einkommen bei lediglich etwas über vier Prozent. Ein zumutbarer Beitrag – gemessen an dem damit erzielten sozialen Fortschritt.

Mittleres Einkommen würde kaum belastet

Zugleich zeigt sich: Haushalte mit mittleren Alterseinkommen werden kaum belastet, viele sogar entlastet. Die Maßnahme wirkt gezielt, vermeidet Überbelastung und stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz.

Auch wirtschaftspolitisch ist der Babyboomer-Soli ein zukunftsweisender Vorschlag. Denn wer Altersarmut gezielt bekämpft, stärkt nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – gerade weil Menschen mit niedrigen Einkommen einen größeren Teil ihres Einkommens direkt konsumieren. Ein stabiles, als gerecht empfundenes Rentensystem schafft Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme. Und genau dieses Vertrauen ist die Grundlage für wirtschaftliche Teilhabe, gesellschaftlichen Zusammenhalt und langfristiges Wachstum.

Gerecht und pragmatisch

Zugleich ist der Babyboomer-Soli politisch und rechtlich deutlich einfacher umzusetzen als viele andere Reformideen. Während tiefgreifende Änderungen der Rentenformel verfassungsrechtlich heikel sind und oft nur mit langen Übergangsfristen greifen, kann eine solidarische Sonderabgabe über das Steuersystem schnell eingeführt und bei veränderter Lage flexibel angepasst oder zurückgenommen werden. Das macht den Babyboomer-Soli nicht nur gerechter, sondern auch pragmatischer als viele Alternativen.

Hinzu kommt: Eine solche Maßnahme würde endlich auch jene einbeziehen, die bislang kaum zur Finanzierung des demografischen Wandels beitragen. Bisher lastet der demografische Druck fast ausschließlich auf den Erwerbstätigen: durch steigende Beiträge, sinkende Rentenniveaus und wachsende Steuerlasten. Das schwächt Arbeitsanreize, vertieft soziale Spaltungen und gefährdet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats

Eine ausgewogene Verteilung der demografischen Lasten bedeutet, dass auch jene, die besonders vom wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsjahrzehnte profitiert haben, einen angemessenen Beitrag leisten. Die Babyboomer haben jahrzehntelang von soliden Renten, günstigen Wohnkosten, einem stabilen Arbeitsmarkt und einem starken Sozialstaat profitiert. Daher ist es jetzt dringend geboten, dass auch sie sich stärker an dessen Stabilisierung beteiligen.

Es geht nicht um die Schuldigen, sondern um Verantwortung

Dies ist keine Frage von Schuld oder Moral, sondern von Verantwortung und Weitsicht: Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaats, den Erhalt des Wohlstands und die Verteidigung des Generationenvertrags. Wer jetzt handelt, verhindert drastischere Maßnahmen in der Zukunft. Wer jetzt für eine faire und solidarische Lösung eintritt, stärkt die demokratische Legitimation unseres Systems – und damit auch die ökonomische und soziale Resilienz unseres Landes.

Es braucht Mut für eine nachhaltige Altersvorsorge

Der Babyboomer-Soli ist deshalb ein wirtschaftlich sinnvoller und generationengerechter Reformvorschlag. Ein Instrument, das Altersarmut reduziert, die Rentenfinanzierung stabilisiert, die junge Generation entlastet und gesellschaftliche Teilhabe im Alter stärkt; ein Baustein für mehr Wohlstand und Gerechtigkeit. Die neue Bundesregierung wäre gut beraten, diesen Weg mutig zu beschreiten. Die Zeit der kleinen Korrekturen ist vorbei. Jetzt braucht es Mut für eine nachhaltige Altersvorsorge – mit einer stärkeren Beteiligung der Babyboomer.

Kolumne bei **Die Zeit**, **18. Juli 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Die Aktivrente löst das Problem nicht

Die Koalition will Rentner per steuerfreiem Zuverdienst zum Arbeiten bewegen. Klingt gut, doch es dürfte die Altersungleichheit verschärfen. Es gibt bessere Alternativen.

Der Fachkräftemangel bedroht zunehmend die Existenz vieler Unternehmen und belastet die deutsche Wirtschaft. Ein enormes Potenzial, um dem entgegenzuwirken, liegt in der Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintritt. Die Bundesregierung hat dies erkannt und will mit der Aktivrente Anreize schaffen: Wer weiterarbeitet, soll bis zu 2 000 Euro von seinem Monatslohn steuerfrei behalten dürfen. Das klingt zunächst verlockend. Die Aktivrente greift jedoch zu kurz, da sie zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen kann, ohne die Beschäftigung deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig verschärft sie die Ungleichheit im Alter.

Derzeit sind 1,25 Millionen Rentner*innen nach dem Renteneintritt weiterhin berufstätig. Mit 645 000 arbeitet mehr als die Hälfte von ihnen in Minijobs mit geringer Stundenanzahl, um keine Steuern und Abgaben auf das zusätzliche Einkommen zahlen zu müssen. Etwas mehr als 310 000 sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, weitere 270 000 arbeiten selbstständig.

Über die Motive für Erwerbsarbeit im Alter wissen wir bislang nur wenig. Häufig handelt es sich um Menschen mit hohem Lebenseinkommen, einer soliden gesetzlichen und privaten Altersabsicherung sowie überdurchschnittlichen Löhnen, die im Alter sozialversicherungspflichtig weiterarbeiten. Menschen mit geringem Einkommen hingegen sind im Alter deutlich seltener erwerbstätig – oftmals, weil sie gesundheitlich eingeschränkt sind oder weil sie mangels Infrastruktur familiäre Pflege- oder Betreuungsaufgaben übernehmen müssen.

Die Steuerbefreiung von bis zu 2 000 Euro monatlichem Arbeitseinkommen durch die Aktivrente soll zusätzliche

Beschäftigung ermöglichen. Die Idee klingt zunächst überzeugend, weist jedoch vier wesentliche Schwächen auf:

Erstens führt die Aktivrente in Teilen zu Mitnahmeeffekten. Einer aktuellen Studie des DIW Berlin zufolge belaufen sich diese ohne zusätzliche Beschäftigung auf knapp 800 Millionen Euro im Jahr – keine geringe Summe in Zeiten angespannter Haushaltslage.

Zweitens bleibt unklar, wie viele zusätzliche Jobs durch die Aktivrente tatsächlich entstehen. Internationale Vergleiche fehlen weitgehend. Schätzungen reichen von lediglich 15 000 zusätzlichen Erwerbstätigen bis hin zu deutlich höheren Zahlen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Aktivrente nur geringe Beschäftigungseffekte haben wird – zumal Arbeitseinkommen im Alter bereits heute besteuert wird.

Selbständige bleiben außen vor

Drittens verstärkt die Aktivrente die soziale Ungleichheit: Vor allem Besserverdienende profitieren von der Aktivrente, da sie häufiger sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Menschen mit niedrigen Einkommen hingegen arbeiten im Alter – wenn überhaupt – meist in Minijobs und profitieren kaum. Das verschärft die soziale Ungleichheit im Alter weiter, ebenso wie die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, da Männer im Alter häufiger regulär beschäftigt sind. Zudem vertieft sich die Kluft zwischen Jung und Alt: Jüngere Beschäftigte müssen nicht nur höhere Beiträge zur Rentenversicherung leisten, um die Rentengarantie zu finanzieren, sondern über ihre Steuern auch noch die Aktivrente.

Viertens bleiben selbstständig tätige Rentner*innen außen vor. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum sie gegenüber Angestellten benachteiligt werden sollten. Eine Einbeziehung wäre jedoch teuer und administrativ aufwendig.

Gleichzeitig gibt es bessere Alternativen: Die Bundesregierung sollte Arbeitsverträge im Alter flexibler gestalten, damit ältere Beschäftigte beim bisherigen Arbeitgeber und in vertrauten Tätigkeiten weiterarbeiten können. Hierzu müsste etwa das Kündigungsrecht im Alter reformiert werden, um Weiterbeschäftigung zu erleichtern.

Privilegien abbauen

Auch sollten Sonderregelungen, wie die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, kritisch überprüft und teilweise abgeschafft werden. Nur knapp die Hälfte der Beschäftigten arbeitet bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Viele könnten es gesundheitlich, tun es aber aus finanziellen Gründen nicht. Durch den Abbau von Privilegien und gezielte Anreize könnte ein längeres Arbeiten erleichtert werden.

Genauso wichtig sind Investitionen in Pflege- und Gesundheitsinfrastruktur. Viele Menschen möchten im Alter gerne weiterarbeiten, können es aber nicht, weil sie Angehörige betreuen oder gesundheitlich eingeschränkt sind. Diese strukturellen Hürden müssen abgebaut werden, auch wenn das Zeit braucht.

Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen der Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt sowie zwischen Arm und Reich muss die Politik Wege finden, die Beschäftigung im Alter zu erhöhen und gleichzeitig Altersarmut zu bekämpfen. Die Aktivrente kann – im besten Fall – ein Baustein sein. Sie schafft jedoch auch neue Ungleichgewichte, die die Politik entschlossen adressieren muss. Das Ziel, insbesondere Altersarmut zu reduzieren, darf dabei nicht aus dem Blick geraten.

Kolumne bei **Die Zeit**, **20. Juni 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Wie wär's mit einer Rentenpauschale?

Marcel Fratzscher und Jürgen Schupp

Höhere Renten für die Älteren, aber keine Zusatzlast für die Jüngeren? Es klingt zu gut, um wahr zu sein. Ein pauschaler Rentenzuschlag könnte eine gerechte Lösung sein.

Die Debatte über die Rentengarantie der Bundesregierung rückt eine grundsätzliche Frage wieder in den Mittelpunkt: Wie schaffen wir ein Rentensystem, das sowohl soziale Sicherheit gewährleistet als auch den demografischen Realitäten standhält? Selten prallen so sichtbar zwei legitime gesellschaftliche Anliegen aufeinander: die Bedürfnisse der heutigen Rentnergeneration und die Verantwortung gegenüber den Jüngeren.

Die SPD weist zu Recht darauf hin, dass die Rente für viele Menschen in Deutschland heute nicht zum Leben reicht. Trotz jahrzehntelanger Erwerbsarbeit ist ein wachsender Anteil älterer Menschen auf Grundsicherung angewiesen und lebt in Armut. Ihre zentrale Forderung – vor allem niedrige Renten deutlich zu erhöhen – ist deswegen nachvollziehbar. Wer den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft ernst nimmt, muss hier handeln.

Auf der anderen Seite mahnt die Union, insbesondere ihre Junge Gruppe, die künftige Generation finanziell nicht weiter zu belasten. Die Rentengarantie – also die Festschreibung eines bestimmten Rentenniveaus unabhängig von der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, die ein ähnliches Wachstum von Renten und Löhnen vorsieht – würde enorme Kosten verursachen, die mit den Jahren weiter steigen. Schon jetzt trägt die junge Generation die demografische Hauptlast: Weniger Erwerbstätige finanzieren mehr Rentnerinnen und Rentner. Die Forderung der Jungen, keine zusätzlichen strukturellen Verpflichtungen aufzubauen, ist daher nachvollziehbar.

Beide Seiten haben ein Stück weit recht. Darin steckt das Dilemma. Wir diskutieren, als ob höhere soziale Sicherheit für die Älteren automatisch auf Kosten der Jüngeren gehen muss. Dabei gibt es Wege, beides miteinander zu verbinden:

Ein neuer Vorschlag ist die Rentenpauschale. Sie schafft Fairness und Gerechtigkeit zwischen den Generationen und könnte die festgefahrene Debatte aufbrechen. Der Kern dieses Modells ist einfach: In den kommenden fünf Jahren (bis 2031) erhalten alle Rentnerinnen und Rentner eine pauschale Rentensteigerung in Höhe von monatlich 50 Euro – unabhängig von der derzeitigen Höhe ihrer Rente. Für armutsgefährdete Rentnerinnen und Rentner entspricht dies etwa einer Erhöhung von fünf Prozent pro Jahr, das ist deutlich mehr als unter der Rentengarantie (die beispielsweise einen Anstieg der Renten von 3,7 Prozent für 2026 vorsieht). Menschen gegenüber, die im bisherigen System der Rentensteigerung Prozentual zu den Entgeltpunkten besser gestellt wären, verpflichtet sich die Politik, die eingesparten Mittel ausschließlich zur finanziellen Entlastung der aktiven jüngeren Erwerbsbevölkerung durch niedrigere und stabilere Beitragssätze zu verwenden.

Ein Signal der Vernunft

Damit erhält jeder denselben Steigerungsbetrag in Euro. Dieses Vorgehen kennt man aus Tarifverhandlungen, bei denen neben Prozentualen Erhöhungen auch feste Eurobeträge gezahlt werden – gerade, um niedrige Einkommen stärker zu entlasten. Ähnlich funktionieren Klimageldmodelle: Eine identische Auszahlung an alle sorgt dafür, dass Menschen mit geringeren Einkommen proportional stärker profitieren.

Dieses Rentenmodell hätte drei Vorteile. Erstens ist es sehr gerecht. Wenn alle die gleiche Summe erhalten, entkoppeln wir die künftige Rentensteigerung von der bisherigen Rentenhöhe. Wer heute schon hohe Renten bezieht, bekommt nicht länger automatisch mehr als diejenigen, die über Jahrzehnte hinweg wenig verdient haben. Die pauschale Erhöhung wirkt also progressiv. Dies schafft Solidarität und Legitimität. Ein solches pauschales Steigerungsmodell könnte auch für Beamtinnen und Beamten

angewendet werden und die Steigerung der Pensionslasten abmildern.

Zweitens: Die Bedürftigen gewinnen am meisten. Eine monatliche Erhöhung um 50 Euro bedeutet für Menschen mit sehr niedrigen Renten eine deutlich größere Verbesserung als für Personen mit hohen Renten. Das ist zielgenauer als die Rentengarantie, die sich am Äquivalenzprinzip orientiert und damit hohe Renten stärker anhebt als niedrige. Rentnerinnen und Rentner, die bei der pauschalen Erhöhung künftig geringere Steigerungsbeträge als bisher haben, sollten die Pauschale steuerfrei erhalten.

Solidarität, Zielgenauigkeit, Nachhaltigkeit

Drittens: Die junge Generation wird weniger belastet. Der Vorschlag verzichtet bewusst darauf, langfristige Prozentuale Rentensteigerungen gesetzlich zu fixieren, die über Jahrzehnte wirken. Es entstehen keine dynamisch ansteigenden Zusatzansprüche, die zukünftige Beitragszahler überproportional treffen würden. Stattdessen sieht das Modell zeitlich begrenzte, moderat finanzierbare Ausgaben vor, die sich nicht automatisch fortschreiben. Das gesetzliche Rentensystem bleibt also nachhaltig. Aber die Menschen müssen weiterhin betrieblich und privat vorsorgen, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.

Damit ist dieser Ansatz auch eine Alternative zum »Boomer-Soli«, den das DIW Berlin vorgeschlagen hat. Während der Boomer-Soli auf eine gezielte und deutlich stärkere Umverteilung zulasten bestimmter Gruppen setzt, ist das Modell der Rentenpauschale breiter angelegt, politisch anschlussfähiger und wohl mit weniger Bürokratie verbunden. Eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt stärken will, muss auch Mehrheiten gewinnen können – und das gelingt eher mit Modellen, bei denen niemand explizit verliert.

Natürlich löst das nicht alle Probleme der Rente. Es ersetzt weder die langfristig nötige Reform des Arbeitsmarkts noch Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung oder die Debatte über das Renteneintrittsalter. Aber es bietet einen realistischen und politisch gangbaren Weg, die Interessen der Rentnerinnen und Rentner mit den Interessen der Beitragszahlenden in Balance zu bringen.

Deutschland braucht eine Rentenpolitik, die Brücken baut – zwischen Arm und Reich, zwischen Alt und Jung, zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft. Ein pauschaler, gleicher Zuschlag für alle Rentnerinnen und Rentner wäre ein Signal der Vernunft: Wir können soziale Sicherheit verbessern, ohne unsere finanzielle Zukunft aufs Spiel zu setzen.

Jürgen Schupp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **21. November 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Gesellschaftspolitik

Generationengerechtigkeit: „Die junge Generation wird zu stark belastet“

Marcel Fratzscher spricht bei Phoenix über ein verpflichtendes soziales Jahr für Rentner*innen und notwendige Reformen.

„Es geht bei der Generationengerechtigkeit nicht um Schuld, sondern um eine nüchterne Bestandsaufnahme: Was sind die Erfolge – die Babyboomer haben ja auch viel richtig gemacht und Wohlstand geschaffen – und wo ist es nicht so gut gelaufen, wo müssen wir nachbessern. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen und auszutarieren zwischen Jung und Alt, wie wir eine fairere Verteilung von Chancen, aber auch Pflichten erreichen können.“

TV-Auftritt bei **Phoenix**, **12. September 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Für einen neuen Generationenvertrag

Die junge Generation zahlt hohe Beiträge für Rente, Gesundheit und Klimaschutz – und belastet damit ihre Autonomie. Ein fairer Deal zwischen Jung und Alt geht anders.

84 Prozent der Deutschen – darunter auch die große Mehrheit der Babyboomer – sind überzeugt, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird als uns heute. Dieses Ergebnis ist mehr als nur ein schlechter Stimmungswert. Es ist ein Alarmsignal, denn es bedeutet einen Bruch mit dem Generationenvertrag, der unsere Gesellschaft seit jeher getragen hat: dem Versprechen, dass es den eigenen Kindern und Enkelkindern einmal besser gehen soll als einem selbst. Genau dieses Versprechen steht heute auf der Kippe.

Die Zukunft Deutschlands, unseres Wohlstands, unseres sozialen Friedens und unserer Sicherheit hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, einen neuen, nachhaltigen Generationenvertrag zu schließen. Ohne ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Alt und Jung riskieren wir nicht nur einen ökonomischen Niedergang, sondern auch eine weitere gesellschaftliche Spaltung und politische Instabilität.

Die Generation der Babyboomer hat viel für unsere Demokratie, den materiellen Wohlstand und die politischen Freiheiten getan. Davon konnten Millionen Menschen sogar weltweit profitieren. Doch die Erfolge der Bundesrepublik sind bedroht. Die Zukunftsängste der jungen Generation heute richten sich vor allem auf die Zerstörung des Klimas, auf Naturkatastrophen, auf Kriegsgefahren und die Schwächung unserer Demokratie – alles globale Probleme. Hinzu kommen soziale Sorgen: die Angst vor Arbeitsplatzverlusten angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und vor einem Kollaps der Sozialsysteme. Die Möglichkeiten junger Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, hängen sehr von ihrer sozialen Herkunft ab. Viele Kinder und Jugendliche sind von Armut bedroht.

Sorgen und Lasten der jungen Generation

Zudem kommen auf die junge Generation steigende Belastungen durch Beiträge zur Rente, Pflege und Gesundheit zu – gerade in einem Land mit stark alternder Bevölkerung wie Deutschland. Während es jungen Menschen kaum noch gelingt, zu sparen oder Wohneigentum zu erwerben, pochen viele Babyboomer auf frühen Renteneintritt und die Wahrung ihrer Besitzstände. Soziale Ungleichheiten nehmen zu, die Mittelschicht schrumpft, viele Menschen rutschen ab. Während ein Teil der Bevölkerung ihren materiellen Wohlstand ausbauen konnte, sehen sich andere mit schlechteren Bedingungen konfrontiert als ihre Eltern.

Interessen der Jungen müssen mehr im Fokus stehen

Das Finanzproblem Deutschlands verschärft die Lage: Die expliziten Staatsschulden betragen zwar »nur« gut 60 Prozent des BIP, doch die impliziten Verpflichtungen – Ansprüche auf Rente, Pflege und Gesundheit – belaufen sich auf ein Vielfaches. Über die nächsten 30 Jahre wird dadurch eine gigantische Umverteilung von Jung zu Alt stattfinden, die Investitionen in die Zukunft wie in Bildung, Infrastruktur oder Klimaschutz blockiert.

Und die altersspezifischen Zahlen zur Wahlbeteiligung verdeutlichen das Demokratiedefizit: Bei der Bundestagswahl 2025 waren 60 Prozent der Wählenden über 50 Jahre alt, aber nur 13 Prozent unter 30. 1990 lag dieses Verhältnis noch bei 43 zu 23 Prozent. Damit wiegen die Interessen der Älteren zunehmend viel stärker als die der Jüngeren – das gefährdet die Legitimität der Demokratie.

Technologische Entwicklungen drohen, außer Kontrolle zu geraten

Zugleich wird der Klimaschutz verschleppt, geopolitische Konflikte nehmen zu und technologische Entwicklungen drohen, außer Kontrolle zu geraten. Die Folgen aus dieser Gemengelage sind dramatisch: Junge und künftige Generationen sehen ihre Chancen extrem schrumpfen. Der bestehende Generationenvertrag ist außer Kraft gesetzt.

Elemente eines neuen Generationenvertrags

Die fehlende Generationengerechtigkeit gehört zu dem größten Versagen der heutigen Gesellschaft. Doch es gibt Hoffnung – auf gemeinsame Werte und ein Umsteuern. Denn die Generationen sind sich über die Grundprinzipien eines guten Lebens bemerkenswert einig. Auch die Babyboomer wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder und Enkel.

Auf dieser Grundlage lässt sich ein neuer Generationenvertrag aushandeln, der aber nicht die eine gegen die andere Generation ausspielen darf. Er sollte auf drei gemeinsamen Werten basieren: Autonomie, Universalismus und Humanismus.

Erstens: Autonomie bedeutet das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Dazu braucht es echte Chancengleichheit bei Bildung, Arbeit, Vorsorge und Sicherheit. Heute hängt der Bildungserfolg in Deutschland jedoch stark von der Herkunft ab – ein unhaltbarer Zustand. Massive Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Teilhabe sind notwendig. Auch die Wünsche der jungen Generation nach Flexibilität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sinnstiftender Arbeit müssen berücksichtigt werden.

Zweitens: Universalismus fordert die Gewährleistung eines intakten Planeten. Noch immer dominiert das Narrativ, dass wir uns Klimaschutz nicht »leisten« können. Doch das Gegenteil ist richtig: Wer jetzt nicht handelt, riskiert Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste. Gerade in Deutschland hängt der Wohlstand der nächsten 20 Jahre entscheidend davon ab, dass die ökologische und technologische Transformation gelingt.

Drittens: Humanismus zielt auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und globale Verantwortung. Der Globale Norden darf nicht länger über seine Verhältnisse leben und den Süden als billige Werkbank betrachten. Nur durch fairen Wettbewerb, partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Stärkung globaler Institutionen lassen sich Frieden und Ausgleich sichern.

Ein Appell für Mut und Zukunftsverantwortung

Basierend auf diesen drei Werten muss die Versöhnung zwischen den Generationen zu einer Priorität von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden. Mit warmen Worten ist das nicht getan. Ohne grundlegendes Umsteuern läuft die Menschheit sehenden Auges in existenzielle Bedrohungen. Es braucht konkrete, verbindliche Vereinbarungen – also einen wirklich tragfähigen Generationenvertrag, der Rechte und Pflichten festschreibt. Er erfordert Verzicht und Bescheidenheit auf allen Seiten, aber auch Investitionen und Zukunftsmut. Vor allem aber bedeutet er, dass wir unsere Ressourcen, Chancen und Freiheiten so einsetzen, dass auch kommende Generationen ein Leben in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit führen können.

Deutschlands beste Chance auf eine gute Zukunft liegt darin, mehr in junge und künftige Generationen zu investieren. Künftige Politikmaßnahmen müssen sich an den gemeinsamen Werten ausrichten – Autonomie, Universalismus und Humanismus. Nur so lassen sich Wohlstand, sozialer Friede und Sicherheit langfristig sichern.

Kolumne bei **Die Zeit**, **5. September 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Das Märchen von den teuren Migranten

Was kostet die Migration? Jedes Jahr Hunderte Milliarden? Im Gegenteil: Es drohen Hunderte Milliarden Verluste, wenn nicht mehr Menschen zuwandern.

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein neuer Aspekt der Migration den öffentlichen Diskurs in Deutschland bestimmt. Nach Debatten über Gewalt oder Zurückweisungen an der Grenze steht nun erneut die Frage im Zentrum: Lohnt sich Migration finanziell für Deutschland?

Die klare Antwort: Ja. Eine neue Studie bestätigt frühere Untersuchungen – auch des DIW Berlin – und zeigt, wie essenziell die Zukunft Deutschlands davon abhängt, ob wir eine offene Gesellschaft bleiben, attraktiv für Zuwanderung werden und unsere Willkommenskultur verbessern. Das betrifft nicht nur Wirtschaft und Unternehmen, sondern auch unser tägliches Leben.

Die neue Studie des Ökonomen Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum und des Sachverständigenrats für Wirtschaft belegt einen erheblichen langfristigen finanziellen Nutzen der Zuwanderung für den deutschen Staat. Diese Aussage treibt manchen Deutschen die Zornesröte ins Gesicht: Wie kann das sein, wenn der Staat jährlich 28 Milliarden Euro für Geflüchtete ausgibt und fast die Hälfte aller Bürgergeldempfänger keinen deutschen Pass hat?

Migration verursacht zunächst Kosten – etwa durch Integrationshilfen und Sozialleistungen –, langfristig leistet Migration aber einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsleistung. Wenn Migrant*innen erwerbstätig werden, erhöht das die Wirtschaftsleistung. Mit diesem Wirtschaftswachstum steigen die Einkommen von Unternehmen und Beschäftigten, der Sozialstaat erhält zusätzliche Beiträge für Rente, Pflege und Gesundheit, und der Staat profitiert von höheren Steuereinnahmen.

Die Berechnungen basieren auf der Annahme, dass die künftige Zuwanderung ähnlich verlaufen wird wie bisher, also vor allem junge und gering qualifizierte Menschen insbesondere als Geflüchtete nach Deutschland kommen – und dass diese im Laufe der Zeit vergleichbare Arbeit zu ähnlichen Löhnen aufnehmen. Wenig überraschend liegen ihre Beschäftigungsquoten und Durchschnittslöhne unter denen der deutschen Bevölkerung. Dieser Punkt ist wichtig, denn er bedeutet, dass Deutschland auch von der Zuwanderung primär von vielen Geflüchteten mit geringen Qualifikationen langfristig finanziell und wirtschaftlich profitiert.

Zuwanderung bringt finanziell mehr ein, als sie kostet

Als das DIW Berlin bereits vor zehn Jahren auf diesen Zusammenhang hinwies und den Beitrag von Migrantinnen und Migranten zur Finanzierung der sozialen Sicherung betonte, war der Aufschrei in bestimmten politischen Lagern groß. 2025 bestätigt die oben erwähnte detaillierte Studie von Martin Werding die Ergebnisse. Natürlich finanzieren Zugewanderte nicht allein die Sozialausgaben. Ihr Beitrag reicht auch nicht aus, um die aktuellen Defizite der sozialen Sicherungssysteme vollständig auszugleichen, aber sie mindern diese deutlich.

Anders ausgedrückt: Zwar steigen die Staatsausgaben durch Migration, doch das Wirtschaftswachstum nimmt stärker zu – sodass der Anteil der Staatsausgaben an der Wirtschaftsleistung im Jahr 2070 laut der Studie von 35 Prozent bei geringer Zuwanderung auf 32 Prozent bei höherer Zuwanderung sinkt. Wichtig: Diese Zahlen berücksichtigen, dass viele Migrant*innen dann selbst im Ruhestand sein werden und erhebliche Leistungen aus Renten-, Pflege- und Gesundheitssystem erhalten.

Was bedeutet das konkret für Wirtschaft und Gesellschaft? In den kommenden zehn Jahren werden viele Unternehmen in Deutschland scheitern oder schließen müssen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlen, um weiter produzieren zu können. Das betrifft auch Deutsche, die dadurch ihre Arbeit verlieren. Besonders hart trifft es strukturschwache Regionen sowie Menschen, die nicht flexibel ihren Wohnort wechseln können – also gerade viele AfD-Wählerinnen und -Wähler, die daher zu den größten Verlierern der von ihrer Partei geforderten Migrationspolitik gehören würden.

Fehlende Zuwanderung wirkt sich auf unseren Alltag aus

Die besten Ingenieurinnen und innovativsten Programmierer werden ihre Maschinen nicht erfolgreich auf den Markt bringen können, wenn es keine Menschen in Logistik, Verwaltung oder Vertrieb gibt, die den Prozess unterstützen.

Auch unser Alltag würde sich ohne einen deutlichen Anstieg der Zuwanderung – gerade auch von geringer qualifizierten Menschen – zum Teil dramatisch verschlechtern. Viele dieser Migrant*innen, darunter auch Geflüchtete, arbeiten in systemrelevanten Berufen. Ohne sie funktioniert weder Pflege noch Gesundheitsversorgung, weder Landwirtschaft noch Supermarktlogistik, weder Haushaltsdienstleistungen noch Reise- und Gastgewerbe.

Das hätte nicht nur spürbare Auswirkungen auf das tägliche Leben jedes einzelnen Deutschen, sondern auch gravierende wirtschaftliche Folgen. Denn selbst bei niedrigem Einkommen zahlen Migrant*innen Steuern und Abgaben. Und ohne ihre Arbeit könnten viele Deutsche gar nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig sein – weil sie stattdessen Angehörige pflegen oder Kinder betreuen müssten.

Viele Migranten arbeiten in systemrelevanten Jobs

Diese Beispiele verdeutlichen einen zentralen Punkt: Wir dürfen Einkommen und formale Qualifikation nicht mit gesellschaftlicher Leistung gleichsetzen. Es sind gerade die Menschen in systemrelevanten, oft schlecht bezahlten Berufen, die für unsere Gesellschaft einen überproportional hohen Beitrag leisten – wie eine DIW-Studie während der Coronapandemie gezeigt hat.

Der derzeitige Arbeitskräftemangel zählt zu den größten Gefahren für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Wir brauchen deutlich mehr Zuwanderung.

Die Politik aber setzt auf Abschottung: Grenzkontrollen, Leistungskürzungen und ein gesellschaftliches Narrativ, dass Zuwanderung primär als Problem darstellt. Das macht Deutschland zunehmend unattraktiv, insbesondere für hoch qualifizierte Menschen.

Wir müssen zeigen, dass wir Willkommenskultur können

Eine internationale Umfrage von InterNations unter hoch qualifizierten Fachkräften zeigt: Deutschland zählt in Sachen Willkommenskultur zu den unattraktivsten von 53 Ländern in der Studie weltweit. Zwar loben viele internationale Fachkräfte die Qualität der Arbeitsplätze; aber sie beklagen eine unfreundliche, teils feindliche Atmosphäre, bürokratische Hürden und große Probleme bei der Wohnungssuche und der öffentlichen Verwaltung. Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass ein ungewöhnlich hoher Anteil der nach Deutschland gekommenen Fachkräfte das Land nach wenigen Jahren wieder verlässt.

Es ist nachvollziehbar, dass die Bundesregierung sich um den Schutz der EU-Außengrenzen bemüht und Migration gut steuern will. Aber der öffentliche Diskurs und die aktuelle Migrationspolitik gehen in eine völlig falsche Richtung. Leistungskürzungen, Hürden bei der Anerkennung von Qualifikationen, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und das Zurückdrehen der Einbürgerungsreform sind fatale Fehlentscheidungen.

Stattdessen brauchen wir eine Stärkung unserer offenen Gesellschaft, mehr Wertschätzung, gesellschaftliche Anerkennung und eine Bundesregierung, die durch Wort und Tat zeigt: Migrant*innen sind willkommen – als Menschen und als Mitgestaltende unseres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens.

Kolumne bei **Die Zeit**, **13. Juni 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Was uns die Angst vor Kriminalität kostet

Marcel Fratzscher, Anna Bindler und Hannah Walther

Deutschland ist sicherer, als viele denken. Doch die Angst vor Kriminalität nimmt zu. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden sind enorm.

In kaum einem Bereich klaffen subjektive Wahrnehmung und objektive Fakten so weit auseinander wie bei der Kriminalität. Während sich manche Menschen in Deutschland unsicher fühlen und Angst vor wachsender Gewalt äußern, zeichnen die Statistiken oft ein anderes Bild: Die Kriminalität ist – mit wenigen Ausnahmen – seit Jahren rückläufig. Besonders in Zeiten starker Zuwanderung, etwa zwischen 2015 und 2017, wird die Kluft zwischen gefühlter und tatsächlicher Kriminalitätslage deutlich. Diese Diskrepanz unterstreicht, wie wichtig verantwortungsvolle politische Rhetorik und sachliche Berichterstattung sind.

Inwieweit spiegeln Sorgen vor Kriminalität die Sicherheitslage in Deutschland wider? Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Es lohnt sich, mit einem Blick auf die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland zu beginnen. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des BKA zeigt, ist die Zahl der registrierten Straftaten pro 100 000 Einwohner – wie üblich bereinigt um ausländerrechtliche Verstöße – in Deutschland seit Anfang der Neunzigerjahre im Trend gesunken. Auch nach einem kurzfristigen Anstieg direkt nach der Coronapandemie sind die Kriminalitätsraten 2024 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt wieder zurückgegangen – und liegen auf einem geringeren Niveau als vor 20 Jahren, wie eine Studie des DIW Berlin zeigt.

Deutschland ist sicherer geworden

Natürlich müssen solche Zahlen mit Vorsicht interpretiert werden: Sie können nur das Hellfeld darstellen – also Fälle, die der Polizei gemeldet werden oder bekannt sind. Veränderungen in der Intensität von Kriminalität bilden sie erst einmal nicht ab. Trotzdem lassen sie eine klare Tendenz erkennen: Deutschland ist in den letzten 20 Jahren insgesamt sicherer geworden.

Die Angst vor Kriminalität hat weitreichende Folgen

Dem gegenüber steht die Entwicklung der Sorgen vor Kriminalität. Eine Studie des DIW Berlin hat Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) dazu ausgewertet. Machte sich Anfang der Nullerjahre noch fast die Hälfte aller Befragten große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland, war es 2013 nur noch knapp jede dritte Person. Dieser Rückgang lief parallel zu den sinkenden Kriminalitätsraten. Von 2014 bis 2016 veränderte sich dieses Muster aber: Während Kriminalitätsraten insgesamt weiter zurückgingen, stieg der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen machten, um rund 15 Prozentpunkte auf 47 Prozent.

Warum das so ist, lässt sich aus der zeitlichen Entwicklung allein nicht ableiten. Die Gegenläufigkeit von Kriminalität und Sorgen vor Straftaten fällt allerdings in eine Zeit starker Zuwanderung und einer Reihe von Terroranschlägen in Europa. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Ereignisse – auch durch eine verstärkte Berichterstattung und politische Rhetorik – auf die Angst vor Kriminalität ausgewirkt haben. Nach diesem Anstieg nahmen die Sorgen wieder ab – bis zu den Jahren nach der Pandemie. Gerade in den vergangenen Jahren stiegen sie wieder.

Das Sicherheitsgefühl ist ungleich verteilt

Menschen ändern ihr Verhalten, meiden zum Beispiel bestimmte Orte, schränken ihre Bewegungsfreiheit ein oder geben mehr Geld für private Sicherheitsmaßnahmen aus. Einerseits kann solches Vermeidungsverhalten das Risiko, Opfer von Kriminalität zu werden, verringern. Andererseits kann es sich stark negativ auf die Lebensqualität von Menschen auswirken. Besonders kritisch wird das, wenn subjektive Wahrnehmungen und eigentliche Kriminalitätsentwicklungen auseinanderlaufen.

Ein oft übersehener Aspekt dabei ist, dass Furcht vor Kriminalität ungleich verteilt ist. So zeigt die DIW-Studie auch: Ältere Menschen, Frauen, Menschen mit geringerem Einkommen und geringer Bildung sorgen sich eher um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich in ihrer Wohnumgebung unsicherer. Diese Gruppen sind ohnehin stärker von Unsicherheit betroffen.

Auch regional gibt es Unterschiede: In Süddeutschland sind Kriminalitätsbelastung und Unsicherheitsgefühl geringer als im Norden und in vielen Großstädten. Doch selbst in vielen urbanen Regionen mit höherer Kriminalität fühlen sich Menschen nicht automatisch extrem unsicher, wie auch die Auswertung der Daten des Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung 2024 in der DIW-Studie zeigt. Das veranschaulicht, wie andere Faktoren und der eigene Kontext das Sicherheitsgefühl prägen können.

Eine besonnene Politik ist gefordert

Soziale Ungleichheiten können durch Kriminalitätsangst verstärkt werden. Sie kann gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe beeinflussen und das Vertrauen in Staat, Justiz und Politik potenziell untergraben. Insofern ist das Sicherheitsgefühl auch ein Maß für sozialen Zusammenhalt. Vielleicht zeigt sich das im Ansatz schon daran, wie unterschiedlich stark sich Menschen verschiedener politischer Meinungen von Kriminalität bedroht fühlen. Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen, aufbereitet in der DIW-Studie, verdeutlichen das: Bei Anhänger*innen von CDU/CSU, SPD und den Linken schwankt der Anteil derjenigen, die sich durch Kriminalität in Deutschland bedroht fühlen, in den vergangenen 20 Jahren zwischen 20 und 40 Prozent – liegt aber meist in einem ähnlichen Bereich. Bei denen der Grünen ist der Anteil geringer, bei denen der AfD deutlich höher, mit über 60 Prozent im Jahr 2023.

In dieser Situation ist eine besonnene, auf Prävention setzende Politik gefordert. Wir sollten über soziale Ursachen von Gewalt sprechen, über Bildung, soziale Integration und Chancengleichheit, und Kriminalität nicht instrumentalisieren. Auf ein so komplexes und vielschichtiges Problem wie Kriminalität gibt es keine einfache Antwort. Vereinfachte Narrative sollten vermieden werden, um keine unverhältnismäßigen Ängste zu schüren oder spätere Enttäuschungen hervorzurufen. Es braucht vielmehr eine evidenzbasierte und rationale Kriminalpolitik, die Prävention und effektive Strafverfolgung kombiniert, um Kriminalität nachhaltig zu bekämpfen.

Letztendlich sind Kriminalität, tatsächliche und gefühlte Sicherheit auch Fragen von Gerechtigkeit. Denn Sicherheit ist kein Privileg, sondern ein öffentliches Gut für alle. Dafür braucht es Engagement für mehr soziale Teilhabe, für gleiche Chancen und gegen Diskriminierung – zusammen mit einer rationalen Kriminalpolitik.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin. **Hannah Walther** war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **8. August 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Frauen sterben, weil wir wegsehen

Marcel Fratzscher und Anna Bindler

Deutschland tut immer noch viel zu wenig, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Das ist auch ein wirtschaftliches Problem. Dabei ist längst klar, was sich ändern müsste.

Es ist eine traurige Realität, die immer noch zu wenig Beachtung findet: Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland ein systemisches Problem: Für 2023 erfasste das Bundeskriminalamt 360 Frauen und Mädchen, die aufgrund von Tötungsdelikten starben. Von diesen 360 wurden 247 der innerfamiliären Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zugeordnet. Umgerechnet bedeutet das: An etwa zwei von drei Tagen wurde in Deutschland eine Frau in ihrem engsten privaten Umfeld getötet. Und obwohl die gesellschaftliche Debatte angestoßen ist, fehlt es doch in Politik, Medien und Gesellschaft an der nötigen Aufmerksamkeit und Entschlossenheit, dieser Gewalt wirksamer zu begegnen.

Während andere sicherheitspolitische Themen breite mediale und politische Resonanz erfahren, bleiben die Übergriffe auf Frauen und Mädchen, ihre psychischen und physischen Traumata, und die strukturellen Ursachen meist im Schatten. Dabei ist die Faktenlage eindeutig: Gewalt gegen Frauen ist nicht nur weitverbreitet – sie nimmt auch zu, mit verheerenden Folgen für die Betroffenen sowie Konsequenzen für unsere Gesellschaft und Wirtschaft.

Gewalt im privaten Raum

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Wie Daten des Bundesbildungs- und Familienministeriums dokumentieren, wird etwa jede dritte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt – etwa jede vierte durch ihren Partner oder

Ex-Partner. Eine Entwicklung ist besonders besorgniserregend, wie aus einer Kurzstudie des DIW Berlin hervorgeht: Die Zahl der polizeilich registrierten Fälle häuslicher Gewalt (ebenso die Zahl der Femizide) ist in den letzten Jahren gestiegen. Diese Gewalttaten finden im sozialen Nahraum statt – durch (Ex-)Partner oder Familienangehörige. Partnerschaftsgewalt macht dabei mit über 70 Prozent der Gewalttaten den Großteil aus. Es geht hier nicht um Einzelfälle oder »Beziehungstaten«, sondern um strukturelle Probleme, die sich durch alle gesellschaftlichen Schichten ziehen.

Die Zahlen sind erschreckend, und doch zeigen sie nur einen Ausschnitt der Realität: das sogenannte Hellfeld, also die angezeigten und polizeilich erfassten Fälle. Studien legen nahe, dass das Dunkelfeld deutlich größer ist: Zahlreiche Betroffene suchen keine Hilfe – aus Angst, Scham oder mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen. Diese Barrieren zu beheben, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Es braucht einerseits mehr Aufmerksamkeit seitens Politik und Medien und andererseits Aufklärung, um unsere Gesellschaft stärker für das Thema zu sensibilisieren.

Die Kosten der Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem. Es betrifft uns alle, aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus, aber auch aus ökonomischer Sicht. Frauen, die Gewalt erfahren, sind in deren Folge oft von Verlusten in Arbeitseinkommen und einer höheren Bedürftigkeit an Sozialleistungen betroffen, wie unsere DIW-Kurzstudie zeigt. Letztendlich können diese Auswirkungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe der Betroffenen haben und soziale Ungleichheiten entstehen lassen oder verfestigen.

Schätzungen zufolge belaufen sich die direkten und indirekten Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Deutschland (PDF) insgesamt auf rund 54 Milliarden Euro jährlich – bei Partnerschaftsgewalt auf rund 28 Milliarden Euro. Um die Dimensionen einzuordnen: Eine Summe von 54 Milliarden Euro entspricht knapp 11 Prozent des aktuellen Entwurfs für den Bundeshaushalt 2025. Diese Kosten umfassen medizinische Behandlung, Arbeitsausfälle, Produktivitätsverluste, juristische Verfahren, Polizei- und Sozialleistungen sowie die Belastung von Kindern, die Zeugen oder Opfer häuslicher Gewalt werden. Die tatsächlichen Kosten dürften sogar noch höher liegen, da viele Fälle eben gar nicht erst gemeldet werden – aus Scham, aus Angst oder wegen fehlenden Vertrauens in staatliche Schutzmechanismen.

Ein Kurswechsel ist dringend notwendig

Seit dem 1. Februar 2023 gilt in Deutschland die völkerrechtlich bindende Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte. Sie verpflichtet Deutschland, Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen konsequent umzusetzen. Dafür braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik. Erste Schritte sind gemacht, für eine erfolgreiche Umsetzung der Konvention ist jedoch ein konsequenteres Vorgehen notwendig.

Anfang des Jahres hat der Bundestag das Gewalthilfegesetz verabschiedet, das den Opferschutz stärkt. Kernelement ist ein vom Wohnort unabhängiger Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung für betroffene Frauen und ihre Kinder. Das ist ein wichtiger Schritt, es warten aber zwei große Herausforderungen. Erstens: Um dem Rechtsanspruch gerecht zu werden, müssen ausreichend Plätze in Frauenhäusern und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Stand heute ist das nicht der Fall. Laut der Frauenhaus-Statistik 2023 (PDF) fehlten 2023 über 14 000 Frauenhausplätze in Deutschland. Es gilt nun, die notwendige Infrastruktur zu schaffen und diese Lücken zu schließen.

Zweitens: Ab 2027 soll das Gesetz unter finanzieller Beteiligung des Bundes umgesetzt werden, ab 2032 – etwa sieben Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes und fast zehn Jahre nach dem vollständigen Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland – soll der Rechtsanspruch gelten. Gerade in Zeiten knapper Haushalte wird es wichtig sein, die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen nachhaltig zu sichern und zu priorisieren. Das betrifft die Bereitstellung der Infrastruktur – aber auch die finanzielle Unterstützung der Opfer. Die Frauenhaus-Statistik 2023 zeigt auch hier Aufholbedarf: 28 Prozent der Frauen in den Frauenhäusern mussten ihren Aufenthalt teilweise oder ganz selbst zahlen, mit Kosten von 10 bis 150 Euro pro Tag und Person.

Der effektivste Schutz ist die Prävention

Eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes ist geplant, aber noch nicht beschlossen. Dabei geht es unter anderem um die Einführung von elektronischen Fußfesseln für gewalttätige Männer, wie aktuell auf der Innenministerkonferenz (PDF) diskutiert und teilweise von einzelnen Bundesländern schon eingeführt. Gerade die Einführung nach spanischem Modell, bei dem Opfer und Polizei informiert werden, wenn Täter Opfern zu nahe kommen, ist vielversprechend, setzt aber seitens der Opfer Vertrauen in die Institutionen voraus. Die technologische Überwachung sollte eingebettet werden in ein Gesamtkonzept, das Prä-

vention und soziale Unterstützung stärkt – über die auch diskutierten sozialen Trainingskurse für Täter hinaus.

Ein solches Gesamtkonzept sollte aus Strafverfolgung, Prävention und Opferschutz bestehen. Der effektivste Schutz von Frauen besteht dabei in der Prävention – hier braucht es zum Teil einen politischen Paradigmenwechsel, um Prävention und Opferschutz zu priorisieren und langfristige strukturelle Veränderungen in den Mittelpunkt zu rücken. Gewaltprävention sollte früh ansetzen, zum Beispiel in Form von Bildungsangeboten zu Gleichstellung, Konfliktlösung und sexualisierter Gewalt. Eine große Herausforderung wird es sein, bei Opfern von häuslicher Gewalt Vertrauen in die Institutionen zu stärken, damit mehr Betroffene sich an Polizei, Justiz und Beratungsstellen wenden. Strafverfolgung sollte dafür den Opferschutz mitdenken, zum Beispiel durch verstärkte Ausbildung oder Spezialisierung von Polizei und Justiz im Bereich häuslicher Gewalt.

Das Problem betrifft uns alle

Nicht zuletzt ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Gewalt und bei der Prävention. Gewaltsame Beziehungen gehen oft einher mit wirtschaftlicher Abhängigkeit, die es den betroffenen Frauen erschwert, sich aus der Situation zu lösen. Das zeigt auch eine kürzlich erschienene Studie der Hertie School. Wer ernsthaft Gewalt gegen Frauen bekämpfen will, muss daher auch die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern: durch eine gezielte Arbeitsmarktintegration von Frauen, mehr Lohngerechtigkeit, besseren Zugang zu existenzsichernder Arbeit, gezielte Förderung von Alleinerziehenden aber auch flächendeckend zuverlässige Kinderbetreuungsangebote. Diese Maßnahmen betreffen eben nicht nur Gleichstellung, sondern können auch effektive Prävention bedeuten.

Wenn wir als Gesellschaft eine gerechtere, sicherere und inklusivere Zukunft wollen, dann müssen wir ehrlich sein: Gewalt gegen Frauen ist ein enormes gesamtgesellschaftliches Problem. Es betrifft uns alle – unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad oder Einkommen. Der Schutz von Frauen ist kein Nebenschauplatz der Sicherheitspolitik, sondern eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Und wer Gerechtigkeit wirklich will, darf nicht länger wegsehen.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **1. August 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Wie gespalten ist Deutschland wirklich?

Die Polarisierung in Deutschland wird oft übertrieben dargestellt. Trotzdem gibt es echte Bedrohungen für den Gesellschaftszusammenhalt. Wir müssen sie ehrlich angehen.

Deutschland ist nicht gespalten – zumindest nicht so, wie es oft behauptet wird. Die tatsächlichen Unterschiede in Einstellungen und Lebensrealitäten sind geringer, als viele meinen. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer Studie von 2023 der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser. Demnach sei die gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland in vielen Bereichen recht gering. Was uns trennt, sei weniger die soziale Wirklichkeit als die aufgeheizte Rhetorik darüber.

Ist die Polarisierung also nur ein politisches Narrativ? Eine Scheindebatte, die von anderen Problemen ablenkt? Laut der Studie herrscht bei vielen gesellschaftlichen Fragen überraschend breiter Konsens. Über Parteigrenzen und soziale Milieus hinweg seien sich die meisten einig: Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sei zu groß, Deutschland müsse mehr für den Klimaschutz tun, und Zuwanderung bereichere das kulturelle Leben.

Die Studie argumentiert auf Grundlage solcher Werte und Einstellungen: Die soziale Polarisierung in Deutschland sei deutlich geringer, als sie generell wahrgenommen werde. Die verstärkte Wahrnehmung resultiere aus der Emotionalisierung bestimmter Themen wie Gendern, Ernährung oder E-Mobilität.

Bestimmte Reizthemen wirken wie Triggerpunkte – sie lösen bei vielen Menschen überzogene, teils konfrontative Reaktionen aus. All das wird als tiefer Eingriff in die Privatsphäre und das eigene Leben wahrgenommen. Das Problem dabei: Es handelt sich meistens um Phantomdebatten, die so gar nicht stattfinden. Kaum jemand will anderen eine gendergerechte Sprache aufzwingen oder den Verzehr von Fleisch; das Autofahren oder das Fliegen verbieten.

Die Sorgen der Menschen ernst nehmen

Vieles spricht dafür, dass die Ängste und Sorgen vieler Menschen aus den realen Erfahrungen ihres Alltags erwachsen: 85 Prozent der Deutschen sind überzeugt, dass die Zukunft schlechter werden wird, dass es künftigen Generationen nicht mehr so gut gehen wird, wie es der heutigen älteren Generation geht und in den letzten Jahrzehnten ergangen ist. Seit jeher sehen viele das Aufstiegsversprechen als essenziellen Teil des Gesellschaftsvertrags: Den eigenen Kindern und Enkelkindern soll es einmal besser gehen, nicht schlechter.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir Menschen als unmündig abstempeln und ihre Ängste hauptsächlich als das Resultat von Manipulation abtun.

In der Realität hat die soziale Polarisierung zugenommen und heute ein beachtliches Maß erreicht: 40 Prozent der Menschen in Deutschland haben praktisch keine Ersparnisse, keine Vorsorge oder Absicherung für Krisen. Dies macht sie abhängig vom Sozialstaat. Die von vielen als Almosen wahrgenommenen sozialen Leistungen sind immer stärker mit einem Stigma verbunden. 60 Prozent der von Armut bedrohten Rentner und Rentnerinnen nehmen ihren Anspruch auf Grundsicherung nicht wahr — nicht aus Unwissen, sondern primär aus Scham und Selbstrespekt.

Der Wandel von Klima und Umwelt wird die Lebensgrundlage vieler Menschen, auch in Deutschland, zerstören oder grundlegend verändern. Wenn manche jungen Menschen sich heute fragen, ob es noch verantwortungsvoll ist, eigene Kinder in diese Welt zu setzen, dann sollten wir dies ernst nehmen. Denn die Wissenschaft zeigt mit einem ungewöhnlich großen Konsens, wie dramatisch die Bedrohung durch den Klimawandel ist.

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet zwar einen stärkeren Klimaschutz, gleichzeitig scheuen sich viele vor grundlegenden Veränderungen in ihrem eigenen Leben. Menschen müssen jedoch ihre Mobilität verändern, von der Straße auf die Schiene umsteigen und weniger fliegen, wenn die notwendigen Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Sie müssen sich in ihrer Ernährung umstellen. Sie müssen in ihre Wohnung investieren, in energetische Sanierung und nachhaltiges Heizen. Sie müssen ihr Konsumverhalten verändern, hin zu Nachhaltigkeit und Kreis-

laufwirtschaft. Nur so können die Klimaschutzziele erreicht werden, wenn man sie ernst nimmt.

Zu Recht kritisiert die eingangs erwähnte Studie: Einige Akteure in Politik und Medien schüren gezielt Phantomdebatten, um gesellschaftliche Spannungen zu verstärken und Menschen gegeneinander auszuspielen. Nutznießer dieser Strategie sind vor allem extreme Parteien und populistische Bewegungen. Doch auch demokratische Kräfte greifen zunehmend zu diesen Mitteln: Einzelne Vorfälle werden überhöht dargestellt, um ganze Gruppen unter Generalverdacht zu stellen. Geflüchtete gelten pauschal als Belastung für das Sozialsystem. Schulen sollen angeblich Schweinefleisch und Weihnachtsbäume verbieten. Klimaaktivisten werden pauschal als Terroristen diffamiert. Solche Narrative emotionalisieren, polarisieren – und verzerren die Realität.

Populisten setzen gezielt darauf, einen Verteilungskampf zu entfachen. Sie behaupten, dass jeder Gewinn auf der einen Seite zwangsläufig einen Verlust auf der anderen bedeutet. Eine Studie aus den USA zeigt, wie dieses Nullsummen-Denken Menschen dazu bringt, sich gegeneinander statt miteinander für Lösungen einzusetzen.

Mehr Mut für Ehrlichkeit

Menschen wird suggeriert, der Vorteil anderer bedeute zwingend einen Nachteil für sie selbst. Eine auch nur geringfügige Erhöhung des Bürgergelds oder der Leistungen für Geflüchtete bedeute automatisch weniger Einkommen oder mehr Steuern für andere. Abgelehnte Asylsuchende ließen sich beim Zahnarzt die Zähne richten und dadurch müssten Deutsche auf ihren Zahnarzttermin warten. Klimaschutz und die Förderung grüner Technologien bedeuteten einen Verzicht für alle, die nicht mitmachen wollen. Mehr Staatsschulden für Bildung oder Infrastruktur führten zu höheren Steuern und einem geringeren Lebensstandard.

Die Angst der Verantwortlichen ist groß, dass sie mit Ehrlichkeit die Menschen vor den Kopf stoßen. Daher suggerieren manche in den demokratischen Parteien, Bürger könnten ihr Leben und ihr Konsumverhalten ohne größere Veränderung fortführen.

Wir brauchen aber ein anderes, ein ehrliches Bewusstsein von dem, was notwendig ist, um eine gute Zukunft für uns und unsere Nachfahren möglich zu machen.

Wenn immer mehr Menschen in Deutschland behaupten, die Demokratie funktioniere für sie nicht, dann sollten wir diese Menschen nicht als Opfer von Gehirnwäsche und Rechtsextremismus abtun, sondern ihre Wahrnehmung ernst nehmen. Viele fühlen sich nicht nur in ihren Freiheiten beschränkt, sie sind es auch. So sind zum Beispiel die Bildungschancen in Deutschland ungleich verteilt. Viele fühlen sich mit ihren Sorgen nicht ernst genommen und gerade Menschen in strukturschwächeren Regionen sehen, wie essenzielle Dinge der Daseinsfürsorge – von Ärzten und Apotheken, Schulen, Vereinen und Gaststätten – verschwinden.

Viel gravierender als die von Mau und seinen Kollegen beschriebene gesellschaftliche Polarisierung ist die soziale und wirtschaftliche Spaltung in Deutschland. Es ist die gemeinsame Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein realistisches Bild der Gegenwart und Zukunft zu zeichnen. Es braucht entschlossenes Handeln. Die Polarisierung und die wachsende Ungleichheit müssen endlich zurückgedrängt werden. Dabei hilft kein Schönreden. Wir müssen die Probleme beim Namen nennen und Lösungen umsetzen, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.

Kolumne bei **Die Zeit**, **24. Oktober 2025**

Der Artikel ist onlinen **hier** zu finden.

Faire Klimapolitik schützt vor Populismus

Marcel Fratzscher und Lorenz Meister

Populisten inszenieren Klimaschutz als Klassenkampf und schüren so Ängste. Fakt ist: Das Aus für den Verbrennungsmotor ist sozial, wenn die Kosten fair verteilt werden.

Die Bundesregierung streitet über das geplante Verbrenner-Aus ab 2035. Dabei geht es nicht nur um Klimapolitik, sondern auch um soziale Gerechtigkeit: Wer trägt die Kosten – und wer profitiert? In Deutschland instrumentalisieren populistische Kräfte diese Debatte zunehmend, indem sie Klimaschutz als elitär und unsozial darstellen. Sie bedienen Narrative über die Verteilungswirkungen, schüren Ängste und werben so um Zustimmung.

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, wie solche Narrative wirken. Wer Klimapolitik als ungerecht darstellt, verstärkt klimapopulistische Einstellungen – also die Sichtweise, dass Klimaschutz ein Projekt der Eliten sei, das zulasten der breiten Bevölkerung geht. Klimapopulismus untergräbt die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen.

Besonders wirksam ist das Narrativ, Klimaschutz belaste vor allem einkommensschwache Haushalte. In Ostdeutschland, bei Menschen mit sehr niedrigem Einkommen und bei Wählerinnen und Wählern rechts der Mitte verfängt es am stärksten. Die Studie macht deutlich: Klimapolitik wird entlang bestehender Bruchlinien instrumentalisiert – und vertieft die gesellschaftliche Spaltung, wenn die Politik nicht gegensteuert.

In der Diskussion über das Verbrenner-Aus wird dies besonders deutlich. Kritiker des Verbots argumentieren, der

Umstieg auf Elektroautos sei Luxus für Wohlhabende, während Geringverdienende ohne Alternative dastünden.

Die Entscheidung über den Ausstieg ist längst getroffen

Die wissenschaftlichen Fakten zeichnen jedoch ein anderes Bild. Der Verbrennungsmotor ist eine Technologie, die im krassen Widerspruch zu den vereinbarten Zielen des Klimaschutzes steht. Synthetische Kraftstoffe werden dabei keine Alternative zu fossilen Kraftstoffen sein können.

Die Entscheidung zum Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor ist längst getroffen – und zwar nicht in Deutschland, sondern in China, in den USA und anderen großen Märkten. Am Verbrennungsmotor festzuhalten, wäre daher für die deutsche Industrie kontraproduktiv, da sie auf eine Technologie wetten würde, die bereits heute immer weniger nachgefragt und in zehn Jahren kaum mehr vorhanden sein wird. Das Ende des Verbrennungsmotors ist also im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit und gehört zu einer klugen Industriepolitik in Deutschland und Europa.

Ständige Kehrtwenden schaden nur

Hinzu kommt ein weiteres institutionelles Argument: Die Regulierung zum Verbrenner-Aus ab 2035 zurückzunehmen, würde das Vertrauen in die Politik in Deutschland und Europa erheblich beschädigen. Wieder einmal würde ein gegebenes Versprechen kassiert und eine Kehrtwende vollzogen. In einem solchen Umfeld können Unternehmen keine verlässlichen Investitionsentscheidungen treffen. Der Schaden für die deutsche Industrie würde sich weit über die der Automobilbranche erstrecken.

Die Argumente gegen das Aus des Verbrenners sind daher falsch und greifen zu kurz. Es ist unbestreitbar, dass Klimaschutzmaßnahmen kurzfristig Kosten verursachen können. Doch die entscheidende Frage ist, wie diese Kosten verteilt werden. Klimaschutzmaßnahmen schaffen soziale Akzeptanz, wenn sie Menschen mit wenig Einkommen entlasten und solche, denen die Anpassung an grüne Technologien schwerfällt.

Klimageld federt Härten ab

Ein Beispiel dafür ist das Konzept des Klimageldes, bei dem Einnahmen aus CO_2-Abgaben gezielt an die Bevölkerung zurückgegeben werden, um die sozialen Auswirkungen abzufedern. Richtig ausgestaltet stärkt es die Kaufkraft derjenigen, die besonders unter höheren Energiepreisen leiden, und erhöht das Vertrauen, dass Klimapolitik fair ist. Wichtig ist jedoch, dass solche Maßnahmen nicht nur als Alibi dienen, sondern wirken – spürbar für die Menschen.

Regionale und soziale Unterschiede müssen gesehen werden

Es ist nicht zielführend, Klimageld zu verteilen, wenn gleichzeitig die CO_2-Preise so hoch sind, dass sie für die breite Bevölkerung eine Belastung darstellen. Symbolpolitik reicht nicht – sonst werden Vorwürfe der Ungerechtigkeit zur selbsterfüllenden Prophezeiung, denn populistische Parteien profitieren stark von Protestwählern und -wählerinnen.

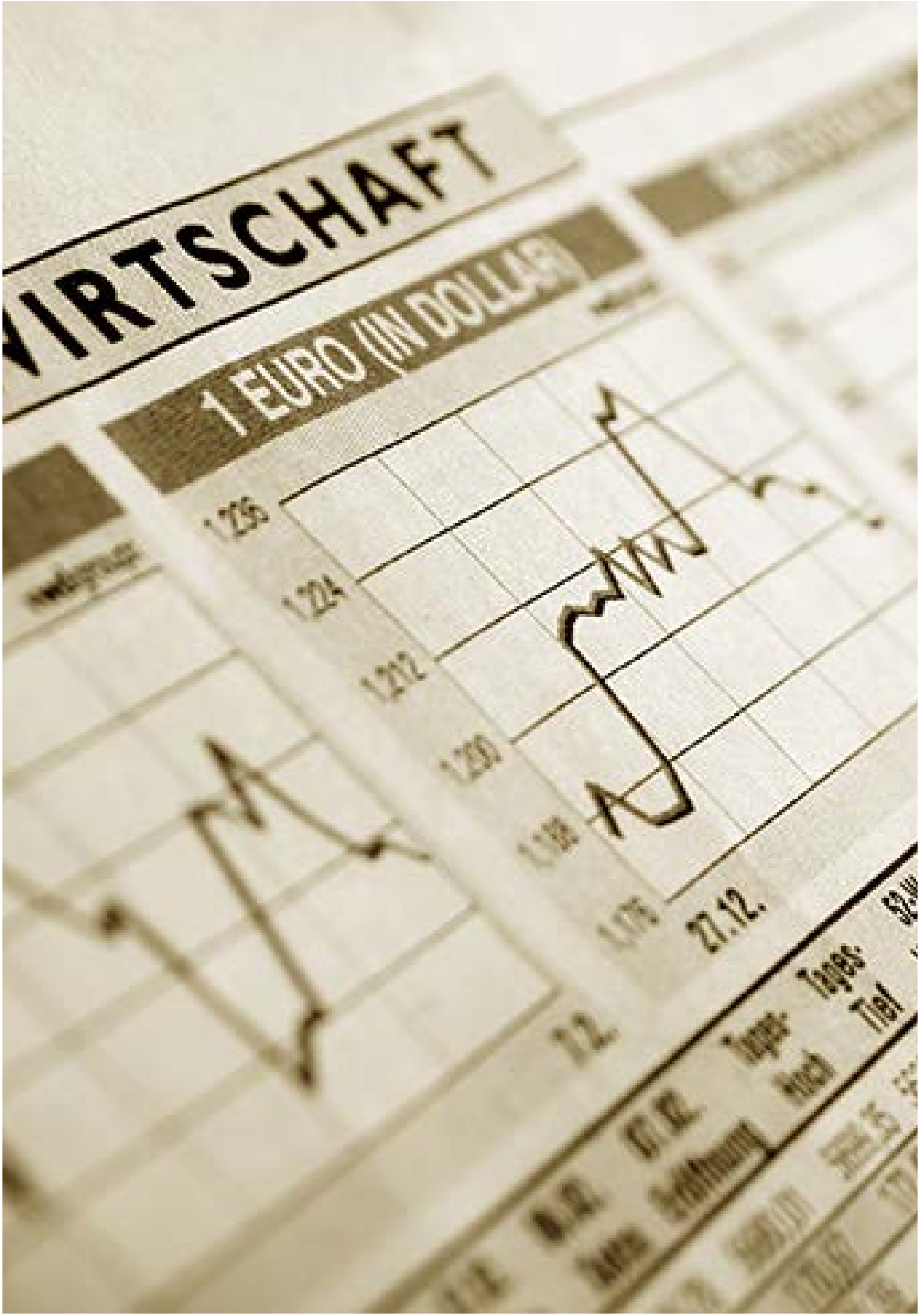
Die Diskussion über das Verbrenner-Aus ist damit ein Test, ob Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden kann. Wenn die Politik es versäumt, soziale Härten abzufedern und Chancen klar zu kommunizieren, überlässt sie das Feld den Populisten und gefährdet die ökologische und ökonomische Zukunft Deutschlands. Wie ein kluges und sozial ausgewogenes Klimageld funktionieren kann, hat vor Kurzem eine Studie des DIW Berlin gezeigt. Sie schlägt vor, auch regionale und soziale Unterschiede stärker in den Mittelpunkt der Ausgestaltung zu stellen.

Keine Geschenke an den Populismus

Eines ist klar: Klimaschutz wird nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht als Belastung, sondern als gemeinsames Projekt wahrgenommen wird. Wer Klimapolitik als Klassenkampf von oben brandmarkt, gefährdet am Ende nicht die Eliten, sondern die Chancen der vielen. Gerecht gestaltete Politik schützt Klima und Wohlstand zugleich – alles andere wäre ein Geschenk an den Populismus.

Lorenz Meister ist Doktorand in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **10. Oktober 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.


WIRTSCHAFT
1 EURO (IN DOLLAR)
1.225
1.224
1.212
1.211
1.181
1.175
27.12.

Weltwirtschaft und Konjunktur

Trumps Zollpolitik: „Gegenhalten und nicht wegducken“

Marcel Fratzscher spricht bei tagesschau24 zu Trumps Zollkrieg und seinen Folgen.

„Donald Trump hat mit diesen Handelszöllen einen riesigen Fehler begangen, weil er sich gegen die gesamte Welt richtet. Der größte wirtschaftliche Schaden wird den USA dadurch widerfahren. Es ist jetzt eine Chance für Europa, sehr klar die roten Linien zu definieren und sehr klar auch vergangene Fehler wieder zu korrigieren.«

TV-Auftritt bei **tagesschau24**, **3. April 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Deutschland begeht einen Riesenfehler im Streit mit Trump

Die bisherige Bundesregierung und die EU versuchen, auf Trump zuzugehen, statt seine Zölle mit einer harten Reaktion zu kontern. Langfristig entsteht ein großer Schaden.

Eine der dringendsten Prioritäten der neuen Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz ist die Stärkung Europas, um eine gemeinsame Antwort auf Donald Trumps Handelskonflikt zu formulieren. Denn das Verhalten der EU wird entscheidend dafür sein, ob sich China mit seinem Streben nach einem multilateralen Handelssystem oder Trumps USA mit der Zerstörung dieses Systems durchsetzen werden. Entweder stehen Deutschland und Europa bei dieser essenziellen Frage für die Weltgemeinschaft an der Seite Chinas – oder an der Seite der USA. Eine dritte Option gibt es nicht. Deutschland und Europa können nicht neutral in diesem Konflikt sein.

Ein Kardinalfehler der alten Bundesregierung und der Europäischen Kommission war es, Donald Trump nachzugeben, indem sie anders als China nicht strikt mit Gegenzöllen dagegengehalten haben, sondern auf Verhandlungen setzen. Trump ist es dadurch gelungen, das wirtschaftliche Desaster in einen politischen Sieg zu verwandeln – obwohl sein Handelskonflikt die Finanzmärkte in Aufruhr versetzt und er zum wirtschaftlichen Abschwung der USA beiträgt. Dieser Fehler könnte das Ende der multilateralen Weltordnung im Bereich Handel und Wirtschaft bedeuten und die Demokratie weiter aushöhlen.

Zuerst zu den Fakten: Nach ersten Strafzöllen auf Autos, Stahl, Aluminium und andere Produkte hat Donald Trump Anfang April individuelle Strafzölle gegen einzelne Volkswirtschaften verhängt – 20 Prozent auf alle Importe aus der EU, 34 Prozent auf Importe aus China und zum Teil noch deutlich höhere Zölle für andere Länder. Der wirtschaftliche Schaden durch die direkten Auswirkungen der Zölle ist dabei das geringere Problem. Der wirkliche Schaden des »Liberation Day«, wie Donald Trump diesen Tag zynisch nennt, besteht darin, dass er das Ende der multilateralen Weltordnung im Bereich Wirtschaft und Handel markiert.

Wirtschaft könnte Trump in die Knie zwingen

Alle globalen wirtschaftlichen Abkommen, die auf Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung und dadurch auf Wettbewerb und Fairness beruhen, sind damit null und nichtig. Donald Trump hat mit dieser Entscheidung die Weltwirtschaftsordnung der vergangenen 75 Jahre zerstört – sofern er mit seinem Vorgehen durchkommt und sich nun mit bilateralen Abkommen behaupten kann.

Es könnte aber auch anders kommen: Die von Trump angekündigte 90-tägige Pause reduziert die Zölle auf immer noch hohe zehn Prozent. Diese Pause war nicht freiwillig, sondern wurde Donald Trump durch die Kapitalmärkte aufgezwungen. Die Börsen, vor allem in den USA, sind als Reaktion auf den Handelskonflikt eingebrochen und haben Milliardenwerte zerstört, insbesondere bei den hochvermögenden US-Oligarchen, die das Rückgrat von Trumps MAGA-Bewegung bilden. Schlimmer noch: US-Staatsanleihen haben als Resultat ein Stück weit ihren Status als weltweit sicherster Vermögenswert verloren.

Dies wird höhere Zinsen zur Folge haben – nicht nur für den US-amerikanischen Staat zur Bedienung seiner Schulden, sondern auch höhere Kreditzinsen für Unternehmen und Bürger in den USA. Eine hohe Inflation, der Verlust von Kaufkraft und Wohlstand, Rezession, Arbeitslosigkeit und die Vernichtung privater Vermögen sind das unweigerliche Resultat. Die größten Verlierer dieser Politik sind US-Bürger, die in strukturschwachen Regionen leben und weniger Qualifikation, Einkommen und Mobilität haben – also allen voran die Wählerinnen und Wähler von Donald Trump.

Ein solches Szenario würde mit hoher Wahrscheinlichkeit den Verlust beider Kammern des US-Kongresses bei den Zwischenwahlen im nächsten Jahr bedeuten – und damit das politische Ende Donald Trumps und seiner MAGA-Bewegung. Auch viele Trump-Wähler würden dadurch erkennen, dass Kooperation, Konsens und Demokratie essenzielle Grundlagen auch für ihren wirtschaftlichen Wohlstand sind.

Bilaterale Abkommen würden Trump in die Hände spielen

Dieses Szenario wird jedoch unwahrscheinlich, wenn Donald Trump seinen wirtschaftlichen Irrsinn durch bilaterale Abkommen in einen politischen Sieg umwandeln kann. Der entscheidende Akteur ist dabei die Europäische Union. Denn China hat sich richtigerweise entschieden, Donald Trump nicht nachzugeben, sondern mit gleich hohen Zöllen zu antworten. Chinas Volkswirtschaft ist nicht nur in etwa so groß wie die der USA, sondern der chinesische Staat hält auch große Mengen an US-Staatsanleihen als Währungsreserven.

Der Verkauf eines Teils dieser Reserven dürfte die Zinsen in den USA deutlich steigen lassen und damit die US-Wirtschaft in eine schmerzhafte Rezession treiben. Nun liegt es an der EU: Wenn sie anders als China Trumps Forderung nachgibt und mit ihm ein bilaterales Abkommen aushandelt, dann unterstützt sie explizit das Ende des Multilateralismus.

Der enorme Beitrag der USA für Wohlstand, Sicherheit und Demokratie in Europa und insbesondere in Deutschland in den vergangenen 80 Jahren steht außer Frage. China dagegen hat ein autokratisches politisches Regime, das bei Werten wie der Wahrung der Menschenrechte kaum unterschiedlicher zu Europa sein könnte. Trotzdem muss Europa bei dieser für die Welt entscheidenden Frage an der Seite Chinas – und auch vieler Demokratien wie Kanada, Mexiko und Japan – stehen und die multilaterale Weltordnung verteidigen.

Das Ende des deutschen Wirtschaftsmodells

Dass die EU Trumps Vorgehen akzeptiert, zeugt von schockierender Kurzsichtigkeit und politischer Naivität. Der direkte wirtschaftliche Schaden durch die Zölle dürfte relativ gering sein. Der langfristige politische und wirtschaftliche Schaden – vor allem für die Exportnation Deutschland – durch das Einknicken und Nachgeben Deutschlands und Europas wird dagegen enorm sein. Es würde das Ende des deutschen Wirtschaftsmodells bedeuten, das wie kein zweites vom offenen Welthandel profitiert, der auf Nichtdiskriminierung, Fairness und Wettbewerb beruht.

Was ist zu tun? Die neue Bundesregierung sollte sich umgehend als Teil der EU, gemeinsam mit Frankreich und anderen europäischen Partnern, auf die Seite des Multilateralismus und damit auf die Seite Chinas stellen, mit reziproken Gegenzöllen reagieren und zwei zentrale Bedingungen in die Verhandlungen mit den USA einbringen:

Erstens eine unverzügliche Rückkehr zum und Stärkung des Multilateralismus als Grundlage des globalen Handels- und Wirtschaftssystems. Dies beinhaltet nicht nur, Zölle und andere Handelsbarrieren mindestens auf das Vorkrisenniveau abzusenken, sondern auch die multilateralen Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) zu stärken.

So haben in den vergangenen 20 Jahren vor allem die USA die WTO systematisch geschwächt, indem sie die Ernennung neuer Richter zur Schlichtung von Handelskonflikten blockierten. Aber auch andere globale Institutionen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank müssen wieder eine größere Rolle spielen – vor allem, um die Interessen der schwächsten Volkswirtschaften im Globalen Süden zu vertreten und zu schützen.

Zweitens die Stärkung eines fairen Wettbewerbs und gemeinsamer Regeln, insbesondere auch für Digitalkonzerne. Diese zahlen kaum oder keine Steuern, unterlaufen wichtige Regeln wie Datenschutz und ethische Standards und verfolgen unfaire Wettbewerbspraktiken. Dies könnte die letzte Chance vor allem für die EU sein – die keine wirklichen globalen Digitalkonzerne hat – globale Regeln zu stärken und die schädliche Abhängigkeit von Digitalkonzernen zu reduzieren. Der scheidende Bundesfinanzminister Jörg Kukies mag recht haben, dass wir heute von vielen Leistungen der US-Digitalkonzerne abhängig sind. Wenn wir jedoch jetzt nicht handeln, wird diese Abhängigkeit weiter zunehmen – und damit auch der wirtschaftliche Schaden und die politische Erpressbarkeit Europas.

Europa muss Garant des Multilateralismus sein

Die Stärkung des Multilateralismus erfordert insbesondere von China und von Deutschland wichtige Konzessionen und Reformen, um die globalen Ungleichgewichte zu korrigieren. Durch gigantische Subventionen und Förderung der eigenen Unternehmen unterläuft China die multilateralen Regeln und verschafft sich unfaire Vorteile bei den Exporten.

Ähnliches gilt für die EU und Deutschland: Die gigantischen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands sind primär das Resultat einer überbordenden Regulierung und anderer Hürden, die vor allem zulasten ausländischer Unternehmen und ihrer Exporte nach Deutschland gehen. Würden China und die EU diese Barrieren mindern, schüfe dies auch erhebliche Vorteile für US-Unternehmen. Daher gibt es berechtigte Hoffnung, dass ein solches Abkommen auch für Donald Trump attraktiv ist und ihn zum Einlenken bewegt.

Die Krise ist eine Chance für Europa, seine Rolle als Vermittler und Garant des Multilateralismus in einer neuen, multipolaren Welt zu finden. Es ist dringend an der Zeit, dass Europa sich zu seinen Werten bekennt. Gemeinsam mit China, Kanada, Mexiko, Großbritannien, Japan und anderen muss die EU eine Antwort auf Donald Trump finden und ihn in seine Schranken weisen.

Trump hat möglicherweise einen fatalen politischen Fehler begangen, indem er mit allen Volkswirtschaften weltweit gleichzeitig einen Konflikt angezettelt hat. Dies ist auch für Deutschland und Europa kurzfristig schädlich – unvergleichlich schädlicher für Wirtschaft und Demokratie wäre es jedoch, Donald Trump gewähren und ihn die multilaterale Weltordnung zerstören zu lassen.

Kolumne bei **Die Zeit**, **9. Mai 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Deutsche Wirtschaft: „Wir rechnen mit einer Stagnation“

Marcel Fratzscher spricht bei tagesschau24 über die Aussichten für die deutsche Wirtschaft 2025.

„Wenn wir uns nicht mehr so stark auf den Außenhandel verlassen können, ist es wichtig, dass die Binnenwirtschaft besser läuft. Es ist vor allem der private Konsum, der mir Sorge macht: Er macht über die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Deutschland aus, aber läuft schwach.“

TV-Auftritt bei **tagesschau24**, **3. Januar 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Ein Fünf-Punkte-Plan für die neue Bundesregierung

Deutschland hat an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die neue Bundesregierung muss daher einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vollziehen. Die Lösungen liegen auf der Hand.

Selten war der wirtschaftliche Pessimismus in Deutschland so groß wie heute. Viele der Sorgen sind berechtigt, denn Deutschland hat an Wettbewerbsfähigkeit verloren und hinkt in einigen Bereichen der wirtschaftlichen Transformation hinterher. Die neue Bundesregierung muss daher einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vollziehen.

Oberste Priorität sollte eine überzeugende Investitionsoffensive mit fünf zentralen Elementen haben, die das DIW Berlin in einer Publikationsreihe zur Bundestagswahl 2025 vorgestellt hat.

Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ist nicht so sehr konjunktureller als vielmehr struktureller Natur. Die Wirtschaft stagniert seit mehr als zwei Jahren und dürfte auch 2025 weiterhin schwach bleiben. Vor allem die Industrie, allen voran die Automobilbranche, ist in den vergangenen acht Jahren geschrumpft, auch weil sich die notwendigen Rahmenbedingungen in Deutschland zunehmend verschlechtern.

Der deutsche Staat lebt seit 25 Jahren von seiner Substanz, die öffentlichen Nettoinvestitionen sind negativ. Dringend benötigte neue Infrastrukturen, ob für Digitalisierung, Verkehr oder Energie, sind unzureichend. Deutschland hat bereits heute ein riesiges Fachkräfteproblem, das sich aus demografischen Gründen in den nächsten zehn Jahren massiv verschärfen wird.

Bürokratie und Regulierung sind für viele Unternehmen zu einer unüberwindbaren Hürde für neue Investitionen und notwendige Veränderungen geworden. Die Politik schafft Unsicherheit und macht damit verlässliche Planungen schwierig. Es ist Zeit, die Weichen für einige Reformen zu stellen.

1. Investitionen rechnen sich

Aktuelle Berechnungen des DIW Berlin zeigen, wie groß der wirtschaftliche Nutzen einer öffentlichen Investitionsoffensive ist. Öffentliche Investitionen von 100 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren könnten das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent erhöhen.

Ein höheres Potenzialwachstum ist nicht nur essenziell für eine bessere Lohnentwicklung, mehr Steuereinnahmen und gute Arbeitsplätze, sondern verbessert die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und unterstützt die Unternehmen bei der notwendigen Transformation.

Stärkere öffentliche Investitionen hätten einen so großen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, dass sie die zusätzlichen Ausgaben durch einen Anstieg von Steuereinnahmen auch komplett finanzieren können.

2. Schuldenbremse reformieren

Eine solche Investitionsoffensive des Staates erfordert jedoch einen grundlegenden Kurswechsel in der Finanzpolitik. Die politischen Parteien rechts der Mitte versprechen den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bundestagswahlkampf das Blaue vom Himmel.

FDP, Union und AfD wollen Unternehmen und vor allem Spitzenverdienende mit mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr steuerlich entlasten, zeigen aktuelle Berechnungen. Eine solche Größenordnung ist völlig illusorisch und wird unter keinen Umständen umgesetzt werden können. Die Wachstumseffekte würden maximal ein Viertel der Steuersenkungen kompensieren, sodass die Finanzierungslücke groß und völlig unvereinbar mit der Schuldenbremse ist.

Der richtige Ansatz der neuen Bundesregierung wäre eine gezielte Entlastung von Menschen mit mittleren und geringen Einkommen, dies wäre nicht nur sozial geboten, sondern hätte neben einer gezielten Entlastung für Unternehmen die größten positiven Wachstumseffekte für die Volkswirtschaft. Um Geld für Steuersenkungen und öffentliche Investitionen zu mobilisieren, wird kein Weg an einer grundlegenden Reform der Schuldenbremse vorbeiführen.

Daher schlagen wir die Einführung einer generationengerechten Schuldenbremse vor, die drei Elemente enthält: Sie sollte durch eine nominale Ausgabenregel näher an die europäischen Regeln gebracht werden, sich auf die Begrenzung impliziter Verpflichtungen durch die Sozialausgaben fokussieren und eine Unterscheidung zwischen öffentlichem Konsum und öffentlichen Investitionen machen, um den Staat zu dauerhaft positiven Nettoinvestitionen zu zwingen.

3. Sozialsysteme umbauen

Die Parteien links der Mitte – allen voran die SPD und Die Linke – wollen die Sozialsysteme zum Teil ausbauen. Eine aktuelle Studie unterstreicht die Bedeutung einer sozial ausgewogenen Reform, die eine zu starke Umverteilung von Jung zu Alt – wie dies im Rentenpaket II der Ampel-Regierung vorgesehen war – vermeidet.

Stattdessen sollte sie eine stärkere Umverteilung von Reich zu Arm vornehmen, indem das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rente angepasst und eine Bürgerversicherung bei der Pflege eingeführt wird.

Die neue Bundesregierung sollte daher die Finanzierung der Sozialsysteme grundlegend neu gestalten und darf junge Generationen nicht über Gebühr belasten. Dies wäre sozial unausgewogen und würde auch der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch zunehmende Sozialbeiträge schaden.

4. Energiewende vorantreiben

Deutschland braucht zudem deutlich mehr Investitionen in die Energiewende und in den Schutz von Klima und Umwelt. Eine aktuelle Analyse unterstreicht den enormen Investitionsbedarf vor allem in eine bessere Infrastruktur und einen schnelleren Ausbau von Wärmepumpen und E-Mobilität.

Die Studie zeigt, dass solche Investitionen nicht nur essenziell sind, um die Klimaschutzziele einzuhalten, sondern dass sie auch notwendig für Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sind.

5. Fachkräftemangel durch Migration reduzieren

Der Arbeitskräftemangel ist eine weitere essenzielle Hürde für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Schon heute gibt es 1,7 Millionen offene Jobs, fünf Millionen Beschäftigte der Babyboomer-Generation werden in den nächsten zehn Jahren mehr in Rente gehen als junge Beschäftigte in den Arbeitsmarkt kommen.

Aktuelle Modellrechnungen zeigen, dass Deutschland ohne Zuwanderung weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde. Ohne Zuwanderung läge das Potenzialwachstum bei null – würde also stagnieren. Rezessionen würden nicht zur Ausnahme, sondern zur Norm. Lohnsteigerungen fielen geringer aus, Steuereinnahmen würden begrenzt sein und die Finanzierung der Sozialsysteme immer schwieriger werden. Ohne deutliche Zuwanderung ginge ein großer Teil des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland verloren.

Daher fordert das DIW Berlin von der neuen Bundesregierung, sich zur Integration von 1,6 Millionen Migranten in den Arbeitsmarkt über die nächsten vier Jahre – also 400 000 pro Jahr – zu verpflichten. Viele Kommunen und Unternehmen leisten exzellente Arbeit, um die erfolgreiche Integration von Geflüchteten und von Arbeitsmigrant*innen möglich zu machen.

Der deutsche Staat muss die vielen Hürden für die Integration in den Arbeitsmarkt abbauen, allen voran durch eine bessere Anerkennung von Qualifikationen, eine stärkere Förderung von Qualifizierung, eine erhöhte Unterstützung der Kommunen, einen schnelleren Zugang zu gesundheitlichen und anderen Leistungen, mehr Flexibilität bei Integrationsmaßnahmen und Ausbildung sowie mit klaren Perspektiven für Geflüchtete.

Deutschland steht vor entscheidenden Jahren für seine wirtschaftliche Zukunft. Noch haben Wirtschaft und Gesellschaft alle Voraussetzungen, um die ökonomische und ökologische Transformation erfolgreich zu bewältigen und dadurch den Wohlstand zu sichern. Dafür muss die neue Bundesregierung jedoch einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vollziehen. Eine Investitionsoffensive muss oberste Priorität für die neue Bundesregierung haben.

Wie eine solche Investitionsoffensive aussehen sollte, zeigen die verschiedenen Studien des DIW Berlin im Detail.

Diese Vorschläge sind nicht abschließend und allumfassend, sie fokussieren sich jedoch auf zentrale Elemente einer solchen Investitionsoffensive. Die Hoffnung ist, dass die neue Bundesregierung den Mut haben wird, wichtige Reformen umzusetzen. Die Lösungen liegen auf der Hand.

Gastbeitrag im **Tagesspiegel**, **15. Februar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Koalitionsvertrag lässt viele Fragen offen

Der Koalitionsvertrag ist ein Kompromiss, der am Status quo wenig ändern wird und in Teilen eine Fortsetzung des Kurses der Ampel-Regierung ist. Er enthält viele richtige und kluge Elemente, lässt aber einen klaren Kompass für den notwendigen Kurswechsel in zentralen Zukunftsfragen vermissen.

Das Sondervermögen für Infrastruktur von 500 Milliarden Euro und die Reform der Schuldenbremse in Bezug auf Verteidigungsausgaben waren kluge Schritte und gaben Anlass zur Hoffnung, dass die deutsche Politik nun die Weichen für eine deutlich bessere Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stellt.

Der Koalitionsvertrag lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob die versprochenen Gelder tatsächlich für Infrastruktur und Verteidigung ausgegeben werden oder ob nicht ein erheblicher Teil für Wahlgeschenke und konsumtive Ausgaben verwendet wird. Der Koalitionsvertrag lässt viele Fragen offen, wie insbesondere die Vorhaben in den Bereichen Infrastruktur und Verteidigung in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen – zumal der Großteil der öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt wird.

Sind die Versprechen im Koalitionsvertrag finanzierbar?

Es ist fraglich, ob die Versprechen im Koalitionsvertrag finanzierbar sind. Es werden zusätzliche Ausgaben, vor allem für Unternehmen, Besserverdienende und Babyboomer, versprochen. Dem stehen jedoch kaum Einsparungen gegenüber; systematische Steuererhöhungen und eine notwendige Steuerreform wurden ausgeschlossen.

Der künftigen Bundesregierung dürfte daher nichts anderes übrig bleiben, als einen Teil der öffentlichen Investitionen und Verteidigungsausgaben aus dem regulären Haushalt in den Sonderfonds zu verlagern. Die Haushaltsplanung ist auf Kante genäht, eine schlechtere wirtschaftliche Entwicklung – wie sie durch den Handelskonflikt wahrscheinlich wird – oder neuer zusätzlicher Ausgabenbedarf wird den Bundeshaushalt schnell wieder in Schieflage bringen.

Wahrung der Besitzstände der Babyboomer

Der Koalitionsvertrag setzt in der Klima- und Energiepolitik die richtigen Prioritäten, indem er den bisherigen Kurs weitgehend fortsetzt. Allerdings muss die neue Bundesregierung die Umsetzung vieler Versprechen beschleunigen und verbessern. Eine der wichtigsten Fragen in fast allen Bereichen wird sein, ob der im Koalitionsvertrag versprochene Abbau von Regulierung und Bürokratie schnell und gut gelingt.

Auch in der Sozialpolitik setzen Union und SPD auf den Erhalt des Status quo und die Wahrung der Besitzstände der Babyboomer. Die Rentengarantie wird die Umverteilung von Jung zu Alt und von Arm zu Reich verschärfen. Auch bei Pflege und Gesundheit hätte der Koalitionsvertrag ambitionierter sein können und müssen. Beim Bürgergeld wird sich – entgegen den Behauptungen der Union – wenig ändern.

Künftige Bundesregierung wird Migration-Problem nicht lösen

Ein wichtiges Element sind die Veränderungen in der Migrationspolitik. Der Koalitionsvertrag legt einen Schwerpunkt auf die Steuerung der Zuwanderung. Es ist zweifelhaft, ob Union und SPD damit die unerwünschte Zuwanderung wirksam begrenzen können.

Der Koalitionsvertrag bleibt die Antwort schuldig, wie eine deutlich stärkere Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften und insbesondere eine bessere Integration der über 3 Millionen Schutzsuchenden, die bereits in Deutschland sind, künftig besser gelingen soll. Damit wird die nächste Bundesregierung keines der mit der Migration verbundenen Probleme nachhaltig lösen können.

Keine Lösung für das zunehmende Arbeitskräfteproblem

Eine Lösung für das zunehmende Arbeitskräfteproblem in Deutschland bleibt der Koalitionsvertrag schuldig. Die Anhebung des Mindestlohns ist richtig und zielführend. Es fehlen aber Reformen bei den Minijobs, beim Ehegattensplitting und in vielen anderen Bereichen, um das enorme Fachkräftepotenzial in Deutschland besser zu nutzen.

Der Koalitionsvertrag enthält richtige und ambitionierte Ziele für Digitalisierung und Innovation. Es wird sich zeigen müssen, ob die finanziellen Mittel und die Kompetenzen ausreichen, um der deutschen Wirtschaft den richtigen Impuls für eine Modernisierung zu geben.

Wie soll Handlungsfähigkeit Europas verbessert werden?

Der Koalitionsvertrag räumt Europa und Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt zu wenig Priorität ein. Angesichts der großen Krisen – von der Klima- und Umweltpolitik, über die Migration bis hin zum Krieg in der Ukraine und dem Handelskonflikt mit den USA – bleibt die Koalition die Antwort schuldig, wie sich die nächste Bundesregierung in Europa einbringen und die Handlungsfähigkeit Europas verbessern will.

Die Erfahrung zeigt, dass Demokratien meist erst dann zu grundlegenden Reformen in der Lage sind, wenn sie sich in einer tiefen Krise befinden und tiefgreifende Veränderungen unausweichlich sind. Der vorliegende Koalitionsvertrag zeigt, dass Union und SPD diese Dringlichkeit noch nicht erkannt haben. Er geht vor allem zu Lasten der jungen und zukünftigen Generationen und verbessert die Generationengerechtigkeit nicht.

Deutschland kann sich politische Lähmung nicht leisten

Die Krisen und Bedrohungen für Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in Deutschland könnten in den kommenden Jahren zunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass Union und SPD dann schnell und pragmatisch genug reagieren werden, um Kurskorrekturen vorzunehmen. Weitere vier Jahre mit einer zerstrittenen Bundesregierung und politischen Lähmung kann sich Deutschland nicht mehr leisten.

Gastbeitrag bei **Focus online**, **11. April 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Impressum

Herausgeber

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

Telefon +49 30 897 89 - 0
E-Mail kundenservice@diw.de
Internet www.diw.de

Fotonachweis: Sofern nicht anders angegeben DIW Berlin; S. 7 Adobe Stock, nmann77; S. 17 Adobe Stock, Nafiz; S. 19 Adobe Stock, Maik Meid; S. 23 Adobe Stock, smth.design; S. 26 Adobe Stock, bilderstoeckchen; S. 28 Adobe Stock, mpix-foto, S. 36 Adobe Stock, Stockfotos-MG; S. 40 Adobe Stock, estherpoon; S. 49 Adobe Stock, pusteflower9024

© DIW Berlin, Dezember 2025

DIW BERLIN